

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3564.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: **M. Nöcke**, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: **S. Stubbe**, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 A .
Bergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A .
Verjammlungsanzeigen 10 A . Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bzw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Berlin (Telegr.). Zuzug von Mobeltischlern nach Berlin ist streng fernzuhalten.

Achtung! In der Waggonfabrik Hannover-Linden, „Fischerhof“, wird ein Streik unvermeidlich sein.

Zuzug ist fern zu halten von:
Tischlern nach Münster (Firma Wwe. Keller), Sagen i. W. (Turmgeräthefabrik W. Meyer);
Tischlern und Lackirern nach Neu-Jensenburg;
Tischlern, Drechslern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Finsterwalde (Tischfabrik Curt Winkler);
Mobeltischlern und Drechslern nach Berlin (Union Elektr.-Gesellschaft und Firma Ludw. Löwe);
Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach Saalfeld a. d. S. (Firma Adam Schmidt);
Drechslern nach Zeitz (Worms);
Stuhlbauern nach Geringswalde.

Vor der Entscheidung.

Seit drei Monaten ist im Verbandsorgan, in den Versammlungen und auf Gaulagen, im großen und kleinen Kreise von Kollegen über die Arbeitslosenunterstützung und deren Bedeutung für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes diskutiert worden. Das Fazit der übrigens sehr eingehenden und sachlichen Diskussion kann allgemein als befriedigend gelten. Sowohl Anhänger wie Gegner haben den Kampf geführt mit der ehrlichsten Ueberzeugung, das Beste für die Mitglieder und den Gesamtverband zu wollen. Das muß rückhaltlos anerkannt werden. Während die prinzipiellen Gegner, deren Zahl gering ist, dem Verbands nach wie vor in der Hauptsache die Führung von Lohnkämpfen, die Schulung und Erziehung der Mitglieder für den Klassenkampf zuweisen, sind die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung der Ueberzeugung, daß der Klassenkampf durch die geplante Unterstützung nicht im Mindesten ignoriert wird, im Gegentheil den Mitgliedern im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und im Kampfe um eine bessere Gesellschaftsordnung einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt bietet. Daß auch die Gegner die letztere Eigenschaft der Arbeitslosenunterstützung anerkennen, ist ihnen auf's Wort zu glauben; sie wehren sich nur deshalb gegen deren Einführung, weil nach ihrer Meinung ein Beitrag notwendig ist, den die schlecht gestellten Kollegen in kleinen Orten und die besonderer Berufsgruppen zu zahlen außer Stande sind, und als weitere Folge die Agitation und die Gewinnung von Mitgliedern erschwert wird. Wir sind bisher der gleichen Meinung gewesen, haben aber im letzten Jahre die Ueberzeugung gewonnen, daß die Kollegen, wo sie auch wohnen, ob im Riesens-, Eulens- oder Erzgebirge, im Schwarz-, Thüringer oder Westerwald, in den Ebenen der nordischen Provinzen oder auf den Höhen der bayerischen Alpen, ob sie Musikinstrumenten- oder Korbarbeiter sind — **Alle sammt und sonders einen höheren Beitrag zahlen können, wenn sie es nur wollen.**

Man sagt, daß ein Mehrbeitrag von 15 A pro Woche nicht aufzubringen sei und im gleichen Momente liest man, daß ein Unternehmer die Akkordpreise oder Löhne um das Behn- und Zwanzigfache gekürzt hat. Während im ersten Falle freiwillig nicht 15 Pfennig für die Organisation übrig sind, müssen im zweiten Falle 1 bis 2 Mark unfreiwillig gegeben werden, und was geschieht? In vielen Fällen machen unsere Kollegen

eine Faust — allerdings nur in der Tasche — und warum? Weil zum Theil die ungünstige Geschäftskonjunktur ein aggressives Vorgehen ausschließt und weil zum Anderen nur ein Bruchtheil der Kollegen einer Werkstatt organisiert ist und drittens sie sich überhaupt nicht einig sind; bleibt also nur übrig: weiter arbeiten zu dem reduzierten Preis oder das Heer der Arbeitslosen, ohne unterstützt zu werden, noch vermehren helfen. Dies ist der regelrechte Gang der Dinge, und man hält ihn im gegebenen Falle für ganz selbstverständlich, wenn „der Dien muß“. Dies ein Beispiel, wie die Mitglieder unfreiwillig zehnmal mehr leisten müssen, als sie dem Verband freiwillig geben würden.

Aber das ist nicht Alles. Man verfolge die Situationsberichte, und was steht darin? „Die lebigen Kollegen haben kein Interesse an einer Organisation, die ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern will. Sie haben zwar Geld, um sich an allen Klimbim-Vereinen zu betheiligen, aber zum Beitragzahlen haben sie nichts übrig.“ ... „Die älteren Kollegen haben sich, seit sie verheirathet sind, zurückgezogen, weil für sie die Organisation keinen Werth mehr hat, oder sie schlagen ihre Zeit und ihr Geld todt in den Krieger-, patriotischen oder sonstigen Klimbim-Vereinen; die anjünglichen Kollegen sind überhaupt meistens nicht für die Organisation zu gewinnen.“ Hier wird einmal zugegeben, daß Geld zu anderen unnützen Zwecken da ist, und zum Zweiten wird eingeräumt, daß mit der Verheirathung, d. h. mit der Sehaftmachung vieler Kollegen der Verband für sie zwecklos geworden ist, weil sie nicht mehr reifen und drücken trotz der bisherigen niedrigen Beiträge Viele nicht für den Verband zu gewinnen waren. Daß niedrige Beiträge kein Universalmittel sind, die Massen für die Organisation zu gewinnen, sollte in unserem Verband hinreichend bekannt sein. Seit der Erhöhung des Beitrages von 15 auf 20 bzw. 25 A ist die Zahl der Mitglieder um über das Doppelte gestiegen, selbst in jenen Gegenden, in denen früher bei den niedrigen Beiträgen nichts zu machen war.

Aus Alledem geht hervor, daß, wenn die Kollegen nur den guten Willen haben, einen Mehrbeitrag von 15 A zu zahlen, sie ihn zahlen können. Dies sollte man jedem wankelmüthigen Kollegen begreiflich zu machen suchen, anstatt ihm zu sagen: „Das kannst Du armer Teufel nicht aufbringen, wenn Du Deine Familie nicht hungern lassen willst“. Wenn man die Organisation als Spar- und Widerstandskasse bewerthet und nicht als einen Sportverein, dem man nur zum Vergnügen oder der Mode wegen angehört, dann kann man nie zu der absurden Anschauung kommen, daß der Verband werthlos geworden und man ihn einer verhältnismäßig geringen Beitragserhöhung wegen fahren lasse müsse. Dies wird in Bezug auf alle diejenigen Mitglieder behauptet, die, wie man sagt, „nur aus Solidarität mitmachen, oder nicht gut anders können“. Wir glauben an solche Fahnenflucht nicht, weil die in Frage kommenden Kollegen doch nicht ewig jung bleiben und bis an ihr seliges Lebensende nicht immer fortbauend Arbeit haben werden. Die Vernunft wird siegen und sie werden dem Verbands auch ferner als treue Mitglieder angehören.

Die Kollegen in kleinen Orten reden viel davon, daß die in großen Städten leichter einen höheren Beitrag aufbringen können als sie; wir geben zu, daß die Löhne höher sind in Hamburg, in Berlin und in einigen anderen Orten als im Schwarzwald und in Schlessien, nicht aber so viel höher als die dortigen Kollegen anzunehmen scheinen; es giebt auch in den Großstädten ganz besonders jetzt Löhne, mit denen recht viele

kleine Orte den Vergleich aushalten. Wir bestreiten nicht, daß in einer Reihe Orte besonderer Umstände wegen (Bade- und Luftkurorte) die Lebensmittel- und Wohnungspreise theuer sind, aber so hoch wie die Preise in den Großstädten sind sie nicht. Aber auch andere Ausgaben, wie Steuern, Schulgeld etc., sind höher als in den Kleinstädten, kurzum die höheren Ausgaben bedingen höhere Einnahmen, aber die Bilanz ist überall, ob hier oder dort, gleich Null. Ueberall haben die Kollegen einen gleich schweren Kampf um's Dasein zu kämpfen. Niemand hat, wenn er am Schlusse jedes Jahres seine Rechnung aufmacht, etwas übrig behalten; meistens ist Defizit vorhanden, oder man ist „mit dem blauen Auge davon gekommen, weil man von Krankheit und Arbeitslosigkeit verschont blieb“.

Also, Ihr Kollegen in kleinen Orten, laßt es Euch gesagt sein, Eure Berufscollegen in den Großstädten wandeln nicht auf Rosen, ihnen wird die Beitragseinzahlung (und davon können die Beitragseinsammler ein Lied singen) ebenso schwer wie Euch; wenn sie sich aber entschließen, einen höheren Beitrag zahlen zu wollen, thun sie dies nur der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, nur um im Falle der für fast Jeden unausbleiblichen Arbeitslosigkeit nicht vollends dem Hunger überantwortet zu werden. Schätzt Euch glücklich, daß Ihr von dem Geiste der Arbeitslosigkeit nicht in solch' erschreckendem Maße heimgesucht werdet, wie Eure Kollegen der Großstädte. Wenn es wahr wäre, daß, wie in einzelnen Berichten zu lesen ist, man in kleinen Orten keine Arbeitslosigkeit kennt, nun gut, um so leichter wird es diesen Kollegen sein, die Solidarität gegen ihre großstädtischen Kollegen zu betheiligen. Diese werden, wenn sie arbeitslos sind, hübsch in Berlin, Breslau, Hamburg, Hannover, München usw. bleiben, und nicht, wie heute, die kleinen Orte nach Arbeit abstreifen und durch das Angebot ihrer Arbeitskraft die Preise drücken. Sie werden aber auch in der Lage sein, an ihren Orten selbst das Arbeitsverhältnis, d. h. die Akkordpreise und Löhne, auf konstanter Höhe zu halten, da infolge Arbeitslosenunterstützung so leicht sich Niemand zum Lohnbrücker hergeben wird. Die weitere günstige Folge ist, daß Lohnkämpfe in großen Orten viel weniger notwendig werden als heute, und daß dann die gleichen Summen, die bisher in Großstädten verbraucht wurden, den kleinen Orten zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, vor Allem der Verkürzung der Arbeitszeit, reservirt bleiben können.

Das ist ein wichtiges Moment, welches uns ganz besonders zu einem Anhänger der Arbeitslosenunterstützung gemacht hat. Wir haben beobachtet, daß in den letzten Jahren den Tausenden Mitgliedern in den Großstädten jeder materielle Rückhalt fehlte. Die ungünstige Konjunktur, und als deren Folge die Arbeitslosigkeit, warf bei Tausenden alle guten Grundzüge für keinen billigeren Preis als bisher zu arbeiten, über den Haufen. Die Arbeitsangebote häuften sich und damit schwoh den Unternehmern der Kammt, weitere Lohnreduktionen, Kontrollbücher, Arbeitscheine, Fabrikordnungen folgten der Reihe nach; die Unternehmer wissen, wie bei uns die Dinge stehen, sie haben Oberwasser und dekretiren nur — denn ernsthafter Widerstand ist ausgeschlossen. Inzwischen werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer schlechter, und das Ende vom Lied ist, daß bei einigermaßen günstiger Geschäftskonjunktur überall in solchen großen Orten versucht wird, das verlorene Terrain wieder zurückzuerobieren. Das kostet aber Geld, sehr viel Geld, und für die kleinen Orte bleibt wenig übrig; das wiederholt sich aus oben angegebenen Gründen, wie die Erfahrung lehrt, in jedem Jahre.

Daraus ergibt sich, daß vor allen Dingen den Mitgliedern bei Arbeitslosigkeit ein festerer materieller Rückhalt geschaffen werden muß, womit dann zugleich dem Unternehmertum das Konzept verdorben und den Kollegen in kleinen Orten viel eher und mehr als gegenwärtig die Gelegenheit gegeben wird, eine Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bewirken. Dieser Beweggrund allein war es auch, der uns vom Beginn an für die Erhebung eines höheren Beitrages als vom Vorstande vorgeschlagen, ermutigte.

Wir wollen heute nicht streiten, ob der vorgeschlagene Mehrbeitrag von 10 % zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung ausreicht oder nicht; selbst wenn er ausreichte, würde es immer noch an Mitteln fehlen, um nachhaltig die vielen und berechtigten Wünsche der Kollegen in kleinen Orten in Erfüllung gehen zu lassen, und deshalb müssen wir dringend bitten, nicht für 35 sondern für 40 % Beitrag zu stimmen. Vor allen Dingen ist aber notwendig, daß sich alle Kollegen ohne Ausnahme an der Urabstimmung beteiligen. Versäume Niemand, von seinem Rechte Gebrauch zu machen. Jeder hat es in der Hand, seiner Meinung durch den Stimmzettel Ausdruck zu geben; mag er es thun nach seiner ehelichen Ueberzeugung, und wie wir wünschen, in dem Sinne, daß die Arbeitslosenunterstützung mit überwältigender Mehrheit angenommen wird.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Wenn ich die Frage der Arbeitslosenunterstützung im justimmenden Sinne behandle, so bemerke ich im voraus, ich nicht Egoismus (wie verschiedene Gegner der Unterstützung unter den letzten Einsendern die Zeitmotive der Beschwörter bezeichneten, ihnen gleichzeitig den Idealismus absprechend) das Fundament meiner Anschauung bezüglich der Arbeitslosenunterstützung ist, sondern gerade vom idealen Standpunkt aus bin ich zum Beschwörter derselben geworden.

Vor zwei Jahren selbst noch als Gegner für höhere Beiträge zu Gunsten der Erhöhung der Streikmittel kämpfend, haben doch die minimalen Erfolge bezüglich der Mitgliederzunahme und die Erfahrung, daß oft die größte und beste Agitation am Egoismus der Kollegen Schiffbruch leidet, weil dieselben sich keine materiellen Vortheile von der Organisation versprechen einerseits, andererseits aber die günstigen Erfolge, welche der Metallarbeiterverband nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung aufzuweisen hatte, sowie auch der Umstand, daß diejenigen Gewerkschaften, welche ein sehr ausgedehntes Unterstützungsweesen haben, prozentual am besten organisiert sind und die stabilsten Mitgliederverhältnisse aufzuweisen haben, mich unwiderlegbar davon überzeugt, daß der weitere Ausbau des Unterstützungsweesens und damit die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zur Nothwendigkeit geworden ist.

Wenn man bedenkt, daß die Mitgliederzahl im Metallarbeiterverbande nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung von 85 013 im Jahre 1899 auf 100 702 im Jahre 1900 gestiegen ist, während unsere Organisation es in derselben Zeit nur von 67 656 auf 70 630 Mitglieder brachte, so dürfte damit allein schon die Annahme der Gegner widerlegt sein, daß wir bei Einführung dieser Unterstützung an Mitgliederzahl fast verloren kommen würden. Betrachten wir nun die übrigen Gründe der Gegner. Da ist zunächst die notwendige Erhöhung der Beiträge bei der Mehrzahl derselben der Stein des Anstoßes. Andere treten wiederum in der richtigen Erkenntnis, daß möglichst hohe Beiträge das Ideal jedes Gewerkschaftlers sein müssen, wenn seine Organisation allen Anforderungen gerecht werden soll, für höhere Beiträge zu Gunsten der Streikmittel ein. Erstere führen als Beweis der Unmöglichkeit eines höheren Beitrages die niedrigen Löhne in Schlesien, Thüringen, Posen, Ost- und Westpreußen usw. an, insoweit die dortigen Kollegen schon den jetzigen Beitrag nicht zu zahlen vermöchten, geschweige denn einen noch höheren. Hierbei vergessen sie ganz, daß gerade die in den elendesten Verhältnissen lebenden Kollegen am schwersten für die Organisation zu gewinnen sind und zwar nicht wegen der Beitragshöhe, sondern weil bei ihnen infolge übermäßiger Ausbeutung jegliches selbständige Denken, Fühlen und Ringen nach besserer Existenz geschwunden ist und ihr gedehnter Geist deshalb den großen Organisationsgedanken nicht zu erfassen vermag. Diese Kollegen nun würde man mit einem höheren Beitrag, wenn man ihnen bei der Agitation die materiellen Vortheile eines ausgedehnten Unterstützungsweesens vor Augen führte, viel leichter gewinnen, als mit niedrigen Beiträgen, wo letzteres in Begall kommt, da gerade bei solchen Kollegen der Egoismus sehr stark ausgeprägt ist, und dem wir bei der Agitation Rechnung tragen. Was nun die Beschwörter höherer Beiträge zur Erhöhung der Streikmittel anbelangt, so sei ihnen erwidert, daß die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung mit deren Einführung ja nur den Kollegen die ohnehin notwendige Beitragserhöhung annehmbarer machen wollen. Wenn nun die Mehrzahl der Beschwörter für nur 10 % Beitragserhöhung eintritt, so geschieht es doch nur aus dem Grunde, weil sie von der Durchführbarkeit der Unterstützung nach dem Ratrage des Vorstandes mit 10 % Beitragshöhe nicht nur überzeugt, sondern der Meinung ist, daß sich damit noch ein Ueberschuß erzielen läßt, der im Nothfall theilweise mit für Streikunterstützung verausgabt werden könnte. Ich verweise hier wiederum auf die günstigen Erfolge des Metallarbeiterverbandes mit der Arbeitslosenunterstützung. Es fanden diesem Verbande für diesen Zweck pro Jahr und Mitglied 40 Beiträge à 10 %, das macht bei durchschnittlich 100 000 Mitgliedern à 400 000, zur Verfügung. Veranschlagt werden für Arbeitslosenunterstützung mit 1 25 000, oder pro Mitglied jährlich etwa 1 25, es verbleibt mithin ein Ueberschuß von 204 100; rechnet man hierzu noch den Fonds des ersten Jahres (Kontingenz) mit 200 000, so dürften diese Zahlen selbst den be-

bissendsten Gegner davon überzeugen, daß auch bei uns die Arbeitslosenunterstützung mit 10 % Beitragshöhe durchführbar ist, selbst wenn die Arbeitslosigkeit im Holzarbeiterverband prozentual bedeutend höher wäre als im Metallarbeiterverband, was ich sehr bezweifle. Im nun aber das Ideale mit dem Zweckmäßigen zu verbinden, das heißt, den Kampfcharakter des Verbandes zu wahren, indem auch die Streikmittel erhöht werden, trete ich für 40 % Beitragshöhe ein, in der Erkenntnis, daß diejenigen Kollegen, welchen der Beitrag von 35 % nicht zu hoch ist, auch für 40 % stimmen werden.

Der Beweis, daß die Arbeitslosenunterstützung ein Kampfmittel ist, ist von verschiedenen Einsendern schon erbracht und auf dem letzten Verbandstage vom Korreferenten selbst anerkannt worden, so daß ich diesen Nachweis wohl nicht mehr zu führen brauche. Es wird jedoch von den Gegnern die Höhe der Unterstützungssätze bemängelt, demgegenüber bemerke ich, daß der jetzige Entwurf des Vorstandes ja gewissermaßen nur das Fundament ist, auf welchem jederzeit fortgebaut werden kann, wenn sich das System bewährt.

Nun zu der Anschauung der Gegner, daß man eine eventuelle Arbeitslosenunterstützung resp. Versicherung dem Staate überlassen müsse. Wenn auch die Nichtigkeit der Theorie den Gegnern nicht bestritten werden kann, so ist doch diese Frage in einem Staate, dessen Regierung die Arbeiterklasse mit Umsturz- und Zuchtmaßregeln und gegenwärtig mit der ganz außerordentlichen Zolltarifierhöhung (Brotmischer) beglücken will, nicht diskutabel. Denn wenn wirklich die Regierung, dem Drucke der Sozialdemokratie folgend, eine derartige Vorlage ausarbeiten würde, so dürfte dieselbe eine derartige Gestalt zu Gunsten der Unternehmer annehmen, daß nicht nur Streiks und Lohnkämpfe dadurch nahezu illusorisch gemacht, sondern auch die ganze Koalitionsfreiheit überhaupt dadurch gefährdet würde. Also von dieser Seite ist in Deutschland nichts zu hoffen. Ich erinnere nur noch an die Lösung der Arbeitslosenfrage seitens der Behörde in Frankfurt a. M. vor einigen Wochen, um jedem einsichtigen Gegner die Qualifikation staatlicher Arbeitslosenfürsorge in Deutschland zu veranschaulichen. Es bleibt uns also nur die Selbsthilfe zur Lösung der Arbeitslosenfrage übrig. Vollkommen werden die Gewerkschaften niemals dieselbe zu lösen im Stande sein; dieses wird nur durch die Befreiung der modernen Produktionsweise, durch Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische möglich sein. Aber Pflicht der Gewerkschaften ist es, ihren Mitgliedern das unverschuldete Elend der Arbeitslosigkeit erträglich zu machen und darum, Kollegen, bitte ich Sie, bei der Urabstimmung für Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu stimmen. Wer ja die demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit am eigenen Körper und Geist verspürte, muß Anhänger der Unterstützung sein. Wer nicht prinzipieller Gegner ist, verwerfe die kleinlichen Gründe, die ihn zum Gegner machen und die sich alle widerlegen lassen und stimme dafür. Die prinzipiellen Gegner aber müssen doch konsequenter Weise das gesamte Unterstützungsweesen, also auch Reise- und Umzugsunterstützung, verwerfen. Sollte man diesen Grundätzen aber Geltung verschaffen, so würden wir bald wieder nur Idealisten als Mitglieder haben, aber ihre Zahl dürfte dann so sehr reduziert sein, daß es von diesen Gesichtspunkten aus schon eine prinzipielle Gegnerschaft des Unterstützungsweesens und damit auch der Arbeitslosenunterstützung nicht geben kann und darf, wenn nicht die ganzen bisherigen Erfolge illusorisch gemacht werden sollen. Hat man aber die prinzipielle Gegnerschaft bestritten, so sollte man nicht das ganze Projekt an dem kleinlichen Grunde einer Beitragserhöhung von 10 bis 15 % scheitern lassen.

Friedr. Freudenberg, Wilhelmshaven.

Wenn man die Ausführungen der Gegner der Arbeitslosenunterstützung sich etwas näher betrachtet, so kann man so ziemlich zwischen den Zeilen lesen, daß es ihnen weniger um die minder bezahlten Mitglieder in den kleinen Zahlstellen zu thun ist, als vielmehr um ihren eigenen Egoismus.

Bei dieser Gelegenheit könnte man die Frage aufwerfen: Haben denn die Metallarbeiter bei Errichtung ihrer Unterstützungsanstalt nicht ebenso mit minder und gut bezahlten Mitgliedern in diversen Zahlstellen zu rechnen gehabt? Wenn ja, wie war es dann möglich, daß sich die Metallarbeiter eine Einrichtung geschaffen haben bei einem Beitrag von 10 %, die uns Holzarbeitern geradezu als Muster dienen kann. Es ist sonderbar, wie der Eine oder der Andere dieser Gegner wohl Erhöhung der Beiträge fordert (und in diesem Fall ohne Rücksicht auf die kleinen Zahlstellen), um nur die Agitation besser betreiben zu können, aber ja nicht zwecks Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Bezüglich der Agitation und was damit zusammenhängt, kann wohl jede Gewerkschaft mit Recht sagen, daß ihr die Gewinnung eines jeden neuen Mitgliedes ein schönes Stück Geld gefloßt hat.

Und wenn dann hier und dort eine neue Zahlstelle gegründet werden konnte, so bleibt von dem Augenblick an diese Gründung ein Sorgenkind für die Organisation, weil eben die Besichtigung immer nahe liegt, die Zahlstelle könnte über Nacht wieder zusammenbrechen.

Und thatsächlich hat man mit derartigen Erscheinungen schon des Öfteren zu rechnen gehabt. Und warum? könnte man fragen. Meines Erachtens ist der Schwerepunkt der: weil von vornherein derartigen Neugründungen jede materielle Grundlage gefehlt hat.

Surz und gut, was die Agitation nach jeder Richtung hin betrifft, so dürfte mancher Gewerkschaft froh sein, wenn er so viele Mitglieder, als nur in einem einzigen Jahre aus der Gauflasse Markt ausgegeben werden, in den ihm unterstellten Zahlstellen verzeichnen könnte.

Ferner gehört dann auch ein gutes Stück Optimismus dazu, um vom heutigen Staat allen Ernstes zu verlangen, daß er unseren Wünschen bezüglich der Arbeitslosigkeit in einer uns zufriedenstellenden Weise entgegenkommen werde, und zwar durch Einführung einer Arbeitslosenversicherung.

Es möchte sich köstlich ausnehmen, einen Streit mitzumachen unter staatlicher Arbeitslosenunterstützung. So wie die Dinge heute liegen, wo die Mehrheitsparteien noch gegen die Arbeiter opponieren, ja sogar noch bereit sind, Anbelangungsgeseze zu schaffen, so lange wird man wohl wenig Vertrauen zu einem solchen Institut haben können.

Sorgen wir zuerst dafür, daß die nöthige Anzahl Arbeiter oder Vertreter nach dorthin entsandt wird, erst dann werden wir hoffen können, daß unsere Forderungen in einer uns entsprechenden Weise Berücksichtigung finden.

Die Gegner der Arbeitslosenunterstützung stellen sich auch viel zu viel auf ihren Parteistandpunkt, indem sie sagen: daß durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung das Klassen- und Zielbewußtsein sowie der Kampfeswille verloren gehe. Deshalb, so könnte man fragen, hat man denn die Unterstützungsanstalten überhaupt geschaffen, wenn es jetzt gerade auf die Arbeitslosenunterstützung noch ankommen sollte? Vielleicht könnte man daran denken, den ganzen Unterstützungsstrom (mit Ausnahme der Streikunterstützung selbstverständlich) zu beseitigen, wenn dann die volle Garantie gegeben ist, daß das Klassenbewußtsein in dem Einzelnen nicht erstickt.

Aber die Sache liegt eben nicht so. Die Gewerkschaften sind denn doch mehr oder minder Selbstzweck, denn dazu sind sie ja geschaffen, um auf wirtschaftlichem Gebiete Vortheile zu erkämpfen, und zwar dort, wo von der Gesetzgebung noch nichts zu erhoffen ist. Und weil dem eben so ist, muß auch jedes Mittel, welches geeignet erscheint, diesen Kampf zu erleichtern, in Angriff genommen werden.

Bei der ganzen Reform handelt es sich aber auch gar nicht um Einführung einer direkten Neuerung, sondern es handelt sich um Ausdehnung und um Erweiterung einer schon längst bestehenden Unterstützungsanstalt, und das ist in diesem Falle die Reiseunterstützung, welche in Wirklichkeit ebenfalls nichts Anderes ist als eine Arbeitslosenunterstützung.

Was nun die Bedingungen bezüglich des Anspruchs auf die Arbeitslosenunterstützung anlangt, so kann nur bei neu eingetretene Mitglieder ein Jahr Karenzzeit in Betracht kommen, nicht aber, wie der Kollege Moriz Fiden-Gisenberg, S.-A., meint, daß bei einem Kollegen, der schon 5-10 Jahre der Organisation angehört, bei Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützung sich die Mitgliedschaft erneuert, so daß auch in diesem Falle noch ein Jahr Karenzzeit durchzumachen wäre, dafür würden sich freilich Viele bedanken. Im Uebrigen wird in diesem Punkt der Deutsche Holzarbeiterverband nach jeder Richtung hin dieselben Einrichtungen treffen müssen, wie der Metallarbeiterverband.

Auch keine Mitglieder zweiter Klasse, weder in Bezug auf Leistung oder Gegenleistung, darf es geben, sofern man die Sache überhaupt obligatorisch machen will.

Joh. Wager, Maschinenarbeiter, München.

Man sollte nicht glauben, daß in unserem Verbands noch so viele Gegner der Arbeitslosenunterstützung zu finden wären. Es ist doch klar, daß Organisationen mit hohen Beiträgen sich am günstigsten stellen. Es ist mehrere Male behauptet worden, durch Erhöhung der Beiträge und Einführung der Arbeitslosenunterstützung der Verbands Mitglieder verlieren und seinen eigentlichen Kampfcharakter einbüßen. Letzteres bestreite ich ganz entschieden. Sollte Ersteres eintreten, so würde der Verband die verloren gegangenen Mitglieder und noch Tausende dazu erhalten, wenn wir nur erst die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, denn meiner Ueberzeugung nach ist die Arbeitslosenunterstützung das wirksamste Agitationsmittel, was freilich nur die organisierten Kollegen des platten Landes zugeben und begreifen werden, da dieselben jedenfalls dieselbe Erfahrung gemacht haben wie ich.

Wenn man einen verheirateten Kollegen in einem kleinen Orte für den Verband zu gewinnen sucht, so hört man in den allermeisten Fällen: „Der hat für mich keinen Zweck, der ist nur für Ledige da, welche reisen.“ So ganz unrichtig ist die Ausrede nicht. Wenn ich einem Verein beitreten soll, so frage ich zunächst: Habe ich auch irgend welchen Nutzen davon? Die Sache liegt nun hier so: Arbeit und wohnt ein verheirateter Kollege in einem Dorfe oder in einer kleinen Stadt, so kann er sich mit Hilfe der Organisation selten menschenwürdige Verhältnisse erkämpfen, denn allein kann er doch nicht streiten. Es bleibt ihm nichts Anderes übrig, als von Früh bis Abends 8 Uhr zu arbeiten, bei je 20 Minuten Frühstück- und Mittägiger Mittagspause, oder er muß eben den Staub von seinen Pantoffeln schütteln und mit Frau und Kindern nach einer größeren Stadt ziehen und dort das Arbeitsangebot vermehren helfen und sicher nicht zum Nutzen der dort arbeitenden Kollegen. Was hat er nun durch seine Organisation erzielen können? — Selbstverständlich läge die Sache anders, wenn wir alle organisiert wären, dazu wollen wir durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung doch nur beitragen.

Es sollte nur den Kollegen des platten Landes Gelegenheit gegeben werden, durch vernünftiger Eintheilung der Wahlbezirke Kollegen aus ihrer Mitte als Delegirte zum Verbandstage zu senden, denn von allen Delegirten, welche auf dem Verbandstage gegen die Arbeitslosenunterstützung zu Felde ziehen werden, werden wohl verdammt wenig den kleinen Zahlstellen angehören. Die einzelnen Zahlstellen einer Wahltheilung liegen auch so weit voneinander entfernt, daß eine gemeinsame Aussprache ja nicht gut möglich ist.

Nun ist fast in jedem Eingekandt gesagt, daß es nicht gut angehen würde, wenn wir vor weniger gut bezahlten Kollegen 40 % Beitrag verlangen wollten. Ich behaupte: Hier fehlt nur der gute Wille. 40 % hat jeder Kollege übrig, welcher nur halbwegs Zweck und Ziel einer Organisation erlangt hat.

Freilich verspreche ich mir auch von 40 % nicht viel. Wenn es nach mir ginge, bezahlten wir 50-60 %, und wir würden in ein paar Jahren ganz anders dastehen, wir würden eine Macht sein, mit welcher der starkköpfigste Krauter rechnen müßte, er mag wollen oder nicht. So lange wir aber Opfer scheuen, werden wir eben nichts Bemerkenswertes erreichen, und unsere Ziele werden immer wieder in weiter Ferne gerückt.

Darum auf, Kollegen, stimmt für beide Fragen auf dem Stimmzettel mit „Ja“!

Wilhelm Scholz, Benig i. S.

Kollege Otto Klemm in Stuttgart begründet in sehr langen Ausführungen die Nothwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung. Er sagt: Ich kann nicht begreifen, warum man auf derartig großen Widerstand stößt, zumal die noch in Schwere stehende Arbeitslosenunterstützung meiner An-

zu Hause arbeitet er von früh bis spät und kommt auf seinen grünen Zweig. Stolz macht er sich über die Kinder gleich zu Hause, wenn er noch Kleinerer. Wenn die Kleinen aus der Schule kommen, werden sie an die Arbeit gestellt, um den Eltern ein paar Groschen zu verdienen. Der edle Kinderfreund und Jäger aber den Kleinen für das Quantum Zügelbogens, das ihm M. 2,50 einbringt, ganze 75 Pf. er hebt also jedesmal dabei M. 1,75 als Lohn für seine gewaltige Spee ein, fremde Kinder auszubilden, die der Fabrikant nicht zur direkten Ausbeutung zur Verfügung erhebt, weil das Gesetz ihnen Fabrikarbeit verbietet, weil man einsehen hat, daß die Kleinen, Schwachen Kinder nicht zu gelinden Menschen heranwachsen können, wenn man sie, hat sich frei tummeln zu lassen in freier Luft, im Sommer, im Winter in schmuggige, enge, Luft und sich die Arbeit zu erheben.

Durch die Heimarbeit wird also das Kind zum Konturenenten des Arbeiters, kann ein Geschäft einen Arbeiter verdrängen, arbeitslos und brodos machen; sind diese arbeitslos, so rücken neue heran, und kann der Unternehmer, der sich dieses Systems bedient, nun auch mit der Wichtigkeit die hungernden Eltern, Mütter und Väter zu Kindererziehen in sein Arbeitslohn spüren, er kann als Zwischenausschütter alles, was Gungler hat und noch arbeiten kann, in seine Tasche hinein stecken und darüber lassen.

Das amtliche Eingabe der Statistik des Reiches wurden im Jahre 1898 über eine halbe Million Kinder im schulpflichtigen Alter zur Erwerbsarbeit herangezogen. Kinderarbeit von Kleinen unter 14 Jahren zu arbeiten veranlaßt, von denen selbst schon unsere gegenwärtigen Gesetze die ausschließen wollen, indem sie Fabrikarbeit für Kinder verboten. Aber auch der leistungsfähigen Einwirkung der Gesundheitsämter die Kleinsten und schwächsten Kinder eben ausgenutzt werden. Berücksichtigt doch die Gewerbeinspektion des Reiches Sachverhalte von Erwerbsfähigkeit der Kinder und Jugendlinge, die der Statistik der Kinderarbeit für Kinder verboten. Die Statistik der Kinderarbeit für Kinder verboten.

Das ist die Heimarbeit, die den Arbeitern die Möglichkeit gibt, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, ohne die Fabrikarbeit zu verlassen. Die Heimarbeit ist eine Form der Unternehmung, die sich dieses Systems bedient, nun auch mit der Wichtigkeit die hungernden Eltern, Mütter und Väter zu Kindererziehen in sein Arbeitslohn spüren, er kann als Zwischenausschütter alles, was Gungler hat und noch arbeiten kann, in seine Tasche hinein stecken und darüber lassen.

Kein da aus dem Lande, gerade so es auch gut geht, wo die Arbeit und Verdienst hat und auch etwas leisten kann, Kränklichkeit und Tod über sein eigenes Leben kommen sehen. Mühsamstas Kauf für die Frau, ein Mannlichen oder eine schon angeleitete Spunde für Euer Kind, und mit der in solcher Heimarbeit hergestellten Gabe Eurer Liebe trägt die Anstehungsteme, den Tod in's Haus. Schädlich rückt der junge Arbeiter sich gelegentlich eine Zigarette an.

Kein da aus dem Lande, gerade so es auch gut geht, wo die Arbeit und Verdienst hat und auch etwas leisten kann, Kränklichkeit und Tod über sein eigenes Leben kommen sehen. Mühsamstas Kauf für die Frau, ein Mannlichen oder eine schon angeleitete Spunde für Euer Kind, und mit der in solcher Heimarbeit hergestellten Gabe Eurer Liebe trägt die Anstehungsteme, den Tod in's Haus. Schädlich rückt der junge Arbeiter sich gelegentlich eine Zigarette an.

Kein da aus dem Lande, gerade so es auch gut geht, wo die Arbeit und Verdienst hat und auch etwas leisten kann, Kränklichkeit und Tod über sein eigenes Leben kommen sehen. Mühsamstas Kauf für die Frau, ein Mannlichen oder eine schon angeleitete Spunde für Euer Kind, und mit der in solcher Heimarbeit hergestellten Gabe Eurer Liebe trägt die Anstehungsteme, den Tod in's Haus. Schädlich rückt der junge Arbeiter sich gelegentlich eine Zigarette an.

Kein da aus dem Lande, gerade so es auch gut geht, wo die Arbeit und Verdienst hat und auch etwas leisten kann, Kränklichkeit und Tod über sein eigenes Leben kommen sehen. Mühsamstas Kauf für die Frau, ein Mannlichen oder eine schon angeleitete Spunde für Euer Kind, und mit der in solcher Heimarbeit hergestellten Gabe Eurer Liebe trägt die Anstehungsteme, den Tod in's Haus. Schädlich rückt der junge Arbeiter sich gelegentlich eine Zigarette an.

- zu führen und diese jederzeit den Beamten der Gewerbe-Inspektion zur Einsicht vorzulegen.
- 6. Verbot der Heimarbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen und der Nachtarbeit in der Zeit zwischen Abends 8 und Morgens 6 Uhr.
- 7. Verbot der Heimarbeit in Häusern und Arbeitsstätten, in denen eine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist.
- 8. Unterstellung der Heimarbeiter unter die gewerblichen Schiedsgerichte bei Streitigkeiten zwischen ihnen und den Arbeitgebern resp. Zwischenmeistern, die aus dem Arbeitsverhältnis entsprungen sind.
- 9. Erlass von Schutzbestimmungen und Spezialvorschriften nach der Natur der einzelnen Zweige der Heimarbeit.
- 10. Androhung strenger Strafen für Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften, für deren Einhaltung Arbeitgeber und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind.

Mit diesen Bestimmungen dürfte in allen Berufen den schlimmsten Wirkungen der Heimarbeit vorgebeugt werden. Die gesammte organisierte Arbeiterschaft aber muß darum kämpfen, daß diese vorbeugenden Maßnahmen bald getroffen werden.

Wollt Ihr nun, organisierte Arbeiter, nicht träge bei Seite stehen und den Schaden sich immer weiter hineinfressen lassen in Euer eigenes lebendiges Fleisch, so tretet mit ein in den Kampf gegen die Heimarbeit, wie sie jetzt ist. Denkt nicht, es ist doch ganz schön, wenn die Frau im Hause alles Nöthige verrichtet und daneben noch manches schöne Stück Geld verdient. Mit solcher Berechnung werdet Ihr Euch den größten Schaden zufügen, und früher oder später wird Eure Engherzigkeit auf dem Gebiete sich an Euch selber schwer rächen.

Es ist also nöthig, daß jeder organisierte Arbeiter dahin strebe, auch die Heimarbeiter in seinem Berufe (oder dem seiner Frau und seiner Kinder) einer gewerkschaftlichen, auf dem Boden des modernen Kampfes stehenden Organisation zuzuführen und ferner Material zu sammeln, das geeignet ist, die herrschenden Mißstände auf dem betreffenden Gebiete in das ihnen gebührende Licht zu rücken, sie allen Augen sichtbar zu machen. Besprechung dieser Angelegenheit seitens der Einzelnen an ihren Arbeitsplätzen wie der Gewerkschaften in Versammlungen und Fachblättern dürften geeignete Mittel sein, die Arbeiterschaft auch in diesem Theile des ihr obliegenden Kampfes zu fördern, dem Siege zuzuführen.

Oft ist bewiesen worden, daß durch die Einigkeit der Arbeiter Großes errungen werden kann, zeigen wir uns auch in diesem Kampfe einig, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Flugschriften

der
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Ar. 6.

Gewerkschaftler und Heimarbeiter!

Arbeitsbrüder und -Schwestern, die Ihr bereits die Nothwendigkeit der Organisation erkannt — die Ihr aus materiellen wie geistigen und sittlichen Gründen Euch zu Gewerkschaften zusammengeschlossen habt, um Eure persönliche wie die gesammte Klassenlage zu bessern, an Euch tritt jetzt eine Frage heran von höchstem Ernst, von tiefeinschneidender Bedeutung für jeden Einzelnen von Euch, die Frage: „Welche Stellung hat der gewerkschaftlich organisierte Fabrik- und Werkstättenarbeiter der Heimarbeit und dem Heimarbeiter gegenüber einzunehmen?“

Die Antwort kann bei ruhiger Ueberlegung nur lauten: „Die Heimarbeit ist aus wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichen Gründen zu verwerfen und ihre Schäden mit ganzer Kraft zu bekämpfen!“ Die Heimarbeit ist eine der größten Gefahren für jeden Angehörigen der Arbeiterklasse, sie ist ein bössartiges Geschwür am Körper der arbeitenden Menschheit.

In seiner Eigenschaft als Arbeiter hat der Gewerkschaftler schwer zu leiden unter der Konkurrenz des Heimarbeiters, der, in Unkenntnis des Lohnsatzes der Fabrikarbeiter oder in seiner aus der Isolirtheit, der Vereinsamung hervorgehenden Schüchternheit, weit billiger zu arbeiten bereit ist als der sich mit seinen Arbeitskollegen beratende, mit ihnen zusammenstehende Fabrik- und Werkstättenarbeiter, zumal wenn dieser bereits gewerkschaftlich organisiert ist und die Masse seiner Berufsgenossen als feste Stütze hinter sich weift.

Beispiele lassen sich hierfür aus den aller verschiedensten Arbeitsgebieten anführen, die schlimmsten finden sich in den einzelnen Zweigen der Konfektionsindustrie, denn hier ist die Heimarbeit am allerverbreitetsten und wirkt nach allen Richtungen hin verderblich.

In Berlin, wo doch vergleichsweise noch „hohe“ Löhne gezahlt werden, verdienen (nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs und der Schriften der Vereine für Sozialpolitik) hausindustriell beschäftigte Ehepaare in der Konfektionsbranche bei Arbeitszeiten von 14, 16 und

...und die ...

...und die ...

...und die ...

...und die ...

...und die ...

...und die ...

17 Stunden pro Tag in der ganzen Woche durchschnittlich M. 20,25; Handnäherrinnen erreichten Durchschnittsverdienste von M. 6,33, es kamen aber auch Wochenlöhne von M. 2,30 vor.

Welche Fabrikarbeiterin würde sich dazu herbeilassen, für M. 2,30 eine ganze Woche hindurch zu schenken? Welcher organisierte Arbeiter Berlins wird sich bereit erklären, mit seiner Frau zusammen jeden Tag 14 Stunden zu arbeiten, um am Ende der Woche M. 20,25 heimzutragen? Derartige bringen nur Heimarbeiter zu Wege und drücken damit auch für die übrige Arbeiterchaft die Preise herab.

Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen, die bei sich zu Hause arbeiten und somit den von ihnen bewohnten Raum, die darin nötige Heizung und Beleuchtung auf ihre Kosten hergeben, also dem Arbeitgeber schon eine ansehnliche Ausgabe ersparen, erhalten gleichfalls geringeren Lohn für gleiche Arbeit als die in der Fabrik beschäftigten Personen. So zahlte ein Berliner Zigarrettenfabrikant seinen Fabrikarbeitern M. 2,50 für 1000 Zigarretten; einem Heimarbeiter, der, von auswärts gekommen, die Preise nicht kannte und überdies um jeden Preis arbeiten wollte, um seine Familie zu ernähren, M. 1,75 für das Tausend. Der „gute“ Arbeitgeber ließ diesen Mann sehr gern arbeiten, denn nicht nur arbeitete dieser selber bis tief in die Nacht hinein, sondern seine Frau und fünf von den sieben vorhandenen Kindern waren ihm bei der Arbeit behälflich; ein fünfjähriges packte die fertigen Zigarretten in Schachteln. Dieser „brave“ Heimarbeiter brachte natürlich weit mehr Zigarretten fertig als seine in der Fabrik thätigen Kollegen, und an jedem Tausend hatte der Fabrikbesitzer außer seinem gewöhnlichen Profit noch einen Extraverdienst von 75 Pfennig.

Wer wollte sich da wundern, wenn der Fabrikant Fabrikarbeiter einläßt, auf's Häcker wirft und Heimarbeitern die Arbeit überträgt!

Die in der Tabakindustrie thätige Arbeiterchaft kann denn auch in der That ein gar trauriges Lied davon singen, wie sehr ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter dem Einflusse der Heimarbeit immer ärger werden. Vereinzelt Ausnahmen in einigen Orten benütigen auch hier nur die Regel.

Es ist freilich unmöglich, Beispiele von Lohnruhr und Schmutzkonkurrenz aus allen Arbeitsweigen anzuführen, weil dazu nicht der Raum eines Flugblattes ausreichte, sondern man ein dickes Buch darüber schreiben müßte; aber diese Arbeit kann man sich um so mehr sparen, als Jhr selbst, organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen ja alle Tage mit eigenen Augen sieht, am eigenen Leibe spürt, was die Heimarbeit für Schädigungen mit sich bringt. Jeder erlebt es in seiner Branche, wie der Arbeitgeber bei irgend welchen Forderungen der Arbeiter diesen antwortet: „Wenn's Euch nicht paßt, könnt Jhr gehen, und ich gebe die Arbeit auf dem Haupte, wobei ich die billiger bekomme und mich mit den Kosten nicht kümmern kann.“

...und die ...

...und die ...

...und die ...

...und die ...

...und die ...

...und die ...

„Seit 1887 sind bei den Konfektionsarbeitern Hoffnungen erweckt worden, ihre Lage zu verbessern. Aber es geschah nichts! Es brach der große Konfektionsarbeiterstreik aus. Fast alle Parteien des Reichstages machten Zusagen, daß nun endlich das so lange Versäumte rasch nachgeholt werden sollte. Ähnlich waren die Erwartungen, die durch die Reden vom Bundesrathstische erregt wurden.“

Die Bundesrathsverordnung vom 30. Juni 1897 hat an den Zuständen nichts geändert.

In den gestellten Forderungen wird neben Bestimmungen, welche auch für die Heimarbeit in anderen Berufen Geltung haben müssen, ferner verlangt, daß die auf Rechnung des Reiches, des Staates und der Gemeindebehörden anzufertigenden Schneiderarbeiten in Werkstätten herzustellen sind und den dabei Beschäftigten menschenwürdige Entlohnung zu Theil werde.

Daß derartige Forderungen immer wieder gestellt werden müssen, ist der sicherste Beweis dafür, wie weit entfernt unsere Behörden noch davon sind, die Hand zu rühren, um den Schäden der Heimarbeit vorzubeugen. Auch in einer ganzen Anzahl anderer Berufe sind die gleichen Gesuche an die Militärverwaltungen und andere Behörden gerichtet worden, jedoch gleichfalls mit negativem Erfolge.

Es wird eine Besserung erst dann eintreten, wenn die gesammte Arbeiterchaft sich aufrafft und mit ganzer Kraft den am meisten unter der Heimarbeit leidenden Arbeitsgenossen zur Hülfe kommt, den Stein, welcher die Bahn zur freien Entwicklung hemmt, fortzurollen. Was dem Einzelnen nicht gelingt, muß der vereinten Kraft gelingen.

Die Frau wird von den Gefahren und Dualen, welche die Heimarbeit mit sich bringt, auf's Schwerste betroffen als erwerbsthätige Arbeiterin, als Hausfrau und Mutter, wie auch als Konsumentin. Deshalb hat auch eine Anzahl von in Gewerkschaften thätigen Frauen in Berlin eine Petition um Erlass gesetzlicher Vorschriften für die Heimarbeit an den Reichstag gerichtet.

In der Petition wird ausgeführt, daß die schädliche Wirkung der Heimarbeit sich fast in allen Berufen geltend macht und deswegen auch allgemeine Bestimmungen zu erlassen sind, die für einzelne Zweige der Heimarbeit durch Sondervorschriften ergänzt werden müssen.

Als gesetzlich festzulegende Bestimmungen werden in Vorschlag gebracht:

- 1. Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze auf die gesammten Heimarbeiter.
2. Verbot der Arbeit schulpflichtiger Kinder und Arbeit der Kinder vor dem schulpflichtigen Alter in der Heimarbeit.
3. Unterstellung der gesammten Heimarbeit unter die Kontrolle durch Gewerbeinspektorinnen.
4. Erlass strenger Vorschriften über die Einrichtung der Arbeitsstätten in der Heimarbeit.
5. Verpflichtung der Arbeitgeber und der sogenannten Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe

nicht nach unumgänglich notwendig wird, um Errungenschaften von Streiks damit haltbarer zu machen. Das Einzige, was dem Arbeiterstande von Streiks bleibt, ist die verkürzte Arbeitszeit, fast ausnahmslos aber werden sämtliche anderer Errungenschaften nach und nach vereitelt. Das kommt daher: An einer durch Streik erzwungenen Arbeitszeitverkürzung kann deshalb nicht gut gerüttelt werden, weil das, sei es auf dem Lande oder in der Stadt, alle Arbeiter auf einmal trifft, und die heutige Organisation stark genug wäre, um strikte dagegen Front zu machen. Ganz anders sieht es aber mit sämtlichen anderen Errungenschaften aus, ich will hier, um mich kurz zu fassen, nur die Procente, die eine Arbeitszeitverkürzung zur Folge haben, in Betracht ziehen. Dieser procentuale Zuschlag ist in den meisten Fällen in absehbarer Zeit verschwunden. Das kommt daher: weil man eben mit jedem Arbeiter für sich verhandelt, und der größte Gemüthsdruck ist und bleibt dabei die Angst des Arbeiters, auf das Straßensplaster oder die Landstraße zu fliegen. Gätten wir da eine dementsprechende Kasse, so würde, wenn vielleicht nicht ganz, aber doch zum großen Theile, sich da entgegenstellen lassen. Ich würde die Arbeitslosen-Unterstützung auch gerne klassenweise eingeführt sehen, und zwar soll sich jeder Arbeiter mindestens zur Hälfte seines Lohnes versichern, um im gegebenen Falle jede Arbeit, ob Akkord oder elende Tagelöhne bezahlt resp. angeboten werden, dieselben, gestützt auf die Arbeitslosenunterstützung, zurückweisen zu können. Die Ueberzeugung habe ich aber fest und offen, daß 50 oder 60 %, welche dazu geupfert werden müssen, gute Früchte tragen werden. Erstens wird man dem Arbeiter nicht immer noch weniger anbieten können für seine Arbeitskraft, und zweitens wird es uns, wenn die Arbeitslosen-Unterstützung einmal gründlich durchgeführt ist, ein Leichtes sein, diesen Mehrbeitrag und darüber mehr zu verdienen. Ich habe wohl auch die Ueberzeugung, daß Manche den höheren Beitrag kaum mehr bezahlen kann, ein großer Theil kann ihn aber bezahlen, und es wird ihnen auch nichts Anderes übrig bleiben, wenn sie nicht besüßigten müßten, daß es heute kein Kunststück ist, dem Einzelnen seinen Lohn nochmals pro Tag um 10 % zu verkürzen; das wären pro Woche auch 60 %. Diesem Beispiel stehen Tausende von Kollegen machtlos gegenüber. Wenn wir daher nur durch Einsicht vieler und einer kräftigen Agitation für diese Sache nur Diejenigen bekommen können, welche noch bezahlen können, Kollegen, dann ist es noch nicht schlimm. Aber nicht alle möglichen Ausreden nehmen, um eine für das Wohl der gesammten Arbeiterschaft gute Sache in den Schatten zu stellen. Die eben absolut nicht in der Lage sind, die höheren Beiträge zu bezahlen, muß man im gegebenen Fall auch in's Schlepptau nehmen, wie das beim Streik auch der Fall ist. Ein auf diese Weise gelapertes Mitglied wird nie wieder dem Verband den Rücken kehren, wir werden im Gegentheil einen Agitator mehr haben für diese Sache. Ich will hier die Behauptung aufwerfen, daß, falls wir den edlen Gedanken der Arbeitslosen-Unterstützung schon vor zehn Jahren erfaßt und zur Wahrheit gemacht hätten, es gar keine Kollegen gäbe, die in solch traurigen Verhältnissen leben, um nicht für eine zeitgemäße, höchst wichtige Sache den Mehrbeitrag aufzubringen. Ich muß hier auch eine Frage aufwerfen: Wie verhält sich die Sache mit unseren armen Mitglie d e r n, wenn dieselben moralisch gezwungen sind, einen Streik mitzumachen, wo sie bekanntlich stark die Hälfte ihres Einkommens bekommen in der Woche? Ich will weiter hierauf ein Beispiel vom letzten Stuttgarter Streik zitieren. Die streikenden Kollegen erhielten A 10 bis A 15 und noch mehr Mark weniger in der Woche als ihr Verdienst war. Das sind auch Opfer für etwas Ungewisses, denn Jeder von uns Stuttgarter Kollegen wird wissen, wenn der Streik noch eine Woche gedauert hätte, wären wir verloren gewesen, trotz der kolossalen Opfer, die gebracht wurden. Daß es aber nach zwölfwöchigem Streik auch keine Kleinigkeit ist, einen Extrabeitrag von 50 % zu leisten, um die klaffende Wunde der Kasse zu heilen, das wird mir Niemand bestreiten. Bezahlt ist's aber worden!!!

Kollege M. Schildert dann die Unzweckmäßigkeit und Unzulänglichkeit einer staatlichen Versicherung, und weiter die Schwierigkeit der Agitation unter den Kollegen, wenn man ihnen keine positiven Vortheile bieten kann. Er führt dann weiter aus, daß die Kollegen viel mannhafter und furchtloser unter ihren indifferenten Mitarbeitern wirken und agitieren werden, wenn sie wissen, daß im Falle der Entlassung (nicht Maßregelung, die meistens garnicht nachgewiesen werden könne) der Verband hinter ihnen stände. Kollege R. ist dafür, daß die Arbeitslosen-Unterstützung vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit gezahlt wird, und hält es für ganz selbstverständlich, daß dann das Umschauen unterlassen wird.

Kollege S. ö h n e in Altona erblickt in der Arbeitslosenunterstützung einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Werden die reisenden arbeitslosen Mitglieder unterstützt, müßten auch die anässigen Arbeitslosen unterstützt werden. Die Summe von A 3 und A 4,50, welche die Reisenden pro Woche erhalten, sei zwar so wenig, daß kein Lediger damit auskomme, aber wie die Abrechnungen bewiesen, würde die Summe doch mitgenommen, sie sei eben immer noch etwas mehr, als garnichts. Man müsse klein aufbauen, und wenn eine Grundlage geschaffen sei, weiter bauen.

Trotzdem kommt S. zu der Inkonsequenz, daß, weil nach seiner Meinung ein Mehrbeitrag von 10 % nicht ausreicht, man es sich überlegen solle bei der Urabstimmung, ob man für die Arbeitslosenunterstützung und einen höheren Beitrag stimmen will. Nach seinem oben aufgestellten Grundsatz muß er und Jeder unbefehlen für die Arbeitslosenunterstützung eintreten.

Kollege S. G e i t m a n n in Kaufbeuren schreibt, und zwar im Auftrage der Zahlstelle, daß nach seiner Ueberzeugung ein Mehrbeitrag von 10 % nicht ausreicht, zudem müsse die Unterstützung auch höher sein als geplant ist. Im Ganzen schließt er sich den Ausführungen des Kollegen Ahlers (Oldenburg) an und bemerkt am Schluß, daß die Fluktuation im Verband nicht aushören, sondern im gleichen Maße fortdauern würde; müßten jetzt bei einem verhältnismäßig niedrigeren Beitrag schon viele Kollegen wegen Beitragsreste ausgeschlossen werden, würde das bei höherem Beitrage um so mehr der Fall sein. Ein Vergleich mit dem Metallarbeiterverband könne nicht gezogen werden, da in diesem nicht so viele Saisonarbeiter vertreten seien wie bei uns und die Metallarbeiter nicht in so vielen Klein-

betrieben beschäftigt werden und zum Dritten besser entlohnt würden als die Holzarbeiter. Andere Aufgabe sollte es sein, mit allen Kräften für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, damit die Arbeitslosigkeit sich vermindere, die Löhne höher und die Lebenshaltung eine bessere werde, dann würden auch die Kollegen der Kleinstädte für die Zahlung höherer Beiträge zu haben sein.

Kollege P. L o o s e in Dresden tritt als „ehemaliger Sozialdemokrat Parvus'scher Richtung“, entgegen dessen Ausführungen über das Unterstützungsverfahren in den Gewerkschaften, jetzt für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein. Er ist nicht für Klasseneinteilung, sondern will gleiche Pflichten und gleiche Rechte. Die Kontrolle dürfe nicht gar so streng genommen werden, daß, wenn z. B. ein Arbeitslosenunterstützungsempfänger zu Hause ein Stuhlbein leimt, oder für A 2 Schnee geschöpft hat, ihm nicht die Unterstützung entzogen wird; hier müsse ein Schiedspruch entscheiden.

Kollege G e r m a n n M a g e l in Rathenow ist für die Arbeitslosenunterstützung. Er glaubt, daß der vorgeschlagene Mehrbeitrag von 10 % ausreicht, ist überzeugt, daß die Schlagfertigkeit des Verbandes durch die Arbeitslosenunterstützung nicht beeinträchtigt und die Zahl der Mitglieder, besonders der alten, nicht vermindert wird. Verkehrt sei es, von der Unterstützung von A 6 als einer Bagatelle zu sprechen, wolle man mehr haben, müsse man auch mehr steuern. Wenn man sage, viele der heutigen Indifferenten würden dann die Kasse ausnützen, so sage er, nur her mit recht vielen Indifferenten, wir werden sie schon aufklären und ihnen sagen, daß der Verband nicht nur der Arbeitslosenunterstützung wegen da ist. Er wünscht, daß die große Mehrheit der Kollegen für die Arbeitslosenunterstützung stimmt.

Kollege R. E s c h e r s c h in Freiburg (Schlesien) warnt vor Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Beitrag von 25 % sei heute kaum zu leisten, geschweige denn noch mehr. Viele Mitglieder und ganze Zahlstellen würden verloren gehen. Die Agitation würde vollständig erfolglos sein. Er ist dafür, daß für die gemäßigteren Kollegen besser gesorgt würde. Durch die Arbeitslosenunterstützung werde die Lohndrückerei nicht beseitigt, außerdem sei die Unterstützung für Arbeitslose von A 8 bis A 8 zu niedrig. Man solle lieber dafür sorgen, daß die Arbeitsverhältnisse in den kleinen Orten bessere werden, aber die kleinen Orte seien die Stiefkinder des Verbandes. Der Mehrbeitrag von 10 % reiche nicht aus, das bewiesen die Extrabeiträge, welche in großen Zahlstellen erhoben werden. Sollte die Arbeitslosenunterstützung wider Erwarten eingeführt werden, müßte auch gleichzeitig die Krankenunterstützung folgen. Der Zentralverband der Bildhauer sei am Ende seines Lateins angelangt trotz seiner hohen Beiträge; er fordere jetzt auf die Dauer von 13 Wochen einen Extrabeitrag von 20 %. Mit 10 % Mehrbeitrag ließe sich die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bei uns nicht machen und mehr könnten die kleinen Zahlstellen nicht zahlen. Das Wahlsreglement sei tabelnsicher; wo und wie sollten die Kollegen wählen, die gar kein Lokal haben? Da hätte man das Vorkerschieben zulassen sollen. Es sähe aus, als ob man die kleinen Zahlstellen benachteiligen wolle.

Die Berliner Klavierarbeiter beschäftigten sich in zwei Branchenversammlungen mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Holzarbeiterverbande. Kollege E y n e r hielt das einleitende Referat. Die meisten Disziplinredner sprachen sich gegen die Einführung neuer Unterstützungsanstaltungen in unserem Verbands aus. Besonders wurde nach Lage der Berliner Verhältnisse für unmöglich erklärt, daß, wie der Hauptvorstand und der Kollege Umbreit glauben, die Arbeitslosenversicherung im Holzarbeiterverbande schon bei einer Beitragserhöhung von 10 % pro Woche durchführbar sei. Auch konnten sie davon nicht überzeugt werden, daß dann die Fluktuation eine geringere werden würde. In der letzten der beiden Branchenversammlungen am 25. Februar, die von ungefähr 100 Kollegen besucht war, wurde dann eine Resolution, welche die Einführung der Arbeitslosenunterstützung befürwortete, mit allen gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Die Berliner Stoc- und Celluloidarbeiter nahmen nach einem Referate des Kollegen J o r n für die Arbeitslosenunterstützung eine Resolution an, die sich zwar für die Einführung erklärt, jedoch die Beiträge so festgesetzt wissen will, daß den Kollegen in kleinen Orten die Zahlung derselben möglich sei. Größere Orte konnten Zuschlagsbeiträge erheben.

In einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Rempten stimmte nach Referaten für und gegen die Arbeitslosenunterstützung nur ein Mitglied gegen dieselbe.

Vor circa 320 Mitgliedern der Zahlstelle Nürnberg sprach Kollege D o r n für die Einführung. Von zwölf Kollegen, die sich an der Diskussion beteiligten, sprachen acht gegen dieselbe. Diese gehörten sämtlich der Sektion der Schreiner an, während sich die vier Befürworter auf die übrigen Sektionen vertheilten. Während ein Redner empfahl, für 35 % zu stimmen, trat ein anderer für 40 % ein, um zu verhüten, daß die Mitglieder noch durch eine weitere Beitragserhöhung beunruhigt würden.

Eine Mitgliederversammlung in Regensburg beschäftigte sich mit der Arbeitslosenunterstützung und war der Meinung, daß ein höherer Beitrag als heute schwer einzubringen sei. Gestaltet wurde die Wahlkreiseinteilung. Während Regensburg sonst zum Gau Nürnberg gehörte, ist es jetzt zu München geworden. Dadurch ist der Regensburger Kandidat nur Zahlkandidat geworden. Uebrigens sei die Wahleinteilung sehr ungerecht.

In einer Versammlung der Zahlstelle Chemnitz referierte Kollege S c h ö p f l i n. Redner ist für Einführung und ersucht am Schluß seiner trefflichen Ausführungen, für den höchsten

vorgesehenen Satz von 40 % zu stimmen. Er begründet dies damit, daß wir nach jeder Beitragserhöhung den Mitgliederbestand vergrößert haben, und so würde auch diesmal noch der 40 % Weinnig-Beitrag der Verband sich weiter ausbauen und festigen. Erst das materielle Interesse fessele die Kollegen an die Organisation; der Idealismus allein thue es nicht, zu diesem müßten die Arbeiter erst erzogen werden. Mit geringen Kosten lasse sich keine Arbeiterpolitik betreiben, denn große Dinge erfordern nicht nur große, reine Gedanken, sondern auch große Opfer. Dies möchten auch die Chemnitzer Holzarbeiter bezwingen, die in puncto Opfermuth nicht besonders groß sind. Vor Allem bittet Redner, die Fragen 1 und 3 mit „Ja“ zu beantworten. Sämtliche Redner sprechen sich für die Einführung aus. Ein Kollege bittet, die Kollegen in den kleinen Orten zu berücksichtigen und für 35 % zu stimmen.

Zur angekündigten Aussperrung in München.

In der Möbelfabrik von K e h r e r & S c h n e l l legten, wie schon berichtet, am 17. Februar 21 Kollegen die Arbeit nieder wegen ständiger Reduzirung der Akkordpreise und des Abschlaggebeldes. In dieser Fabrik werden geradezu Schundpreise bezahlt und steht dieselbe auch bei den Münchener Kollegen in keinem guten Rufe. Im August vergangenen Jahres waren von 23 beschäftigten Arbeitern noch 16 Kollegen, welche ein wöchentliches Kontogeld von M. 24 erhielten. Bei Eintritt in den Streik erhielten bloß drei Kollegen noch ein solches, dabei sind aber die Akkordpreise derartig schlecht, daß es vorgekommen, daß verheirathete Schreiner in der Woche mit M. 3 — sage und schreibe drei Mark — nach Hause geschickt wurden diesen Winter. Vor sieben Wochen fertigte z. B. ein Kollege eine Kredenzz zum Preise von M. 38; derselbe verdiente pro Tag M. 4,20, worauf eilliche Tage darauf ein anderer Schreiner zwei solcher Kredenzen zu machen erhielt, das Stück für M. 30. Dabei behauptete Herr K e h r e r noch auf dem Gewerbegericht, so viel Zeit müsse ein Arbeiter bei zwei Kredenzen einbringen können, um doch noch sein Geld zu verdienen, was dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts Veranlassung gab, darauf hinzuweisen, daß doch jeder Nichtschmann zugeben müsse, daß sei ein Ding der Unmöglichkeit.

Alle Vorstellungen der Arbeiter, des Fabrikaußschusses halfen nichts, wer sich dagegen auflehnte, flog hinaus. Die Akkordzettel werden, vollständig mit dem Preise ausgefüllt, dem Arbeiter übergeben, ein Handeln über den zu niedrig gesetzten Preis giebt es nicht, es heißt einfach unterschreiben oder gehen. Daß auch Viele freiwillig gingen, beweist das nachstehende genaue Verzeichniß über die Ein- und Austritte in obiger Fabrik. Es sind eingetreten im Jahre 1899 180 Arbeiter, ausgetreten 184, ein volles Jahr ausgehalten haben 16 Kollegen, darunter 3 Lehrlinge und 3 Arbeiterinnen. 1900 sind eingetreten 191 Arbeiter, ausgetreten 184, stabil blieben 15 Arbeiter, darunter 4 Lehrlinge und 2 Arbeiterinnen. 1901 sind eingetreten 184 Arbeiter, ausgetreten 146, stabil geblieben 13 Arbeiter, darunter 5 Lehrlinge und 2 Arbeiterinnen.

Obige Zahlen kennzeichnen den Taubenschlag zur Genüge. Dem Fasse wurde aber der Boden ausge schlagen, als vor Wochen die Firma zweien ihrer ältesten Schreiner wöchentlich die Abschlagsummen um M. 2 kürzte, und zwar innerhalb drei Wochen von M. 24 auf M. 18, von wegen der großen „Berliner und Stuttgarter“ Konkurrenz, wie es stets hier in München heißt. Der Fabrikaußschuß wurde wieder vorstellig, um zu erreichen, daß den ständigen Reduktionen der Akkordpreise und des Wochengeldes Einhalt gethan werde, jedoch ohne Erfolg. Nun trachtete der Gauborsther, Kollege R a i t h, wieder mit dem Fabrikaußschuß eine Verständigung anzubahnen. Dieser wurde kurzer Hand von Herrn K e h r e r, dem finanziellen Vorstand der Firma, mit der Bemerkung abgethan: „Ich halte es aus“, worauf die Arbeitseinstellung perfekt wurde.

Hätte nun Herr K e h r e r am darauffolgenden Tage eine Reihe Arbeitswilliger gefunden, dann allerdings hätte er den Arbeitgeberverband nicht gebraucht, da aber kein Kollege Lust hatte, den Streikenden in den Rücken zu fallen, müßte der Arbeitgeberverband helfen und er that es auch. Dieselben Meister, die nie genug über die gegenseitige Schundkonkurrenz und Preisdrückerei jahren können, warfen sich in die Schanze, um eine Schleudersabrik durch Herabdrückung der Löhne noch konkurrenzfähiger zu machen. Bei einigen Großen sollen allerdings schon weitgehende Gesichtspunkte maßgebend gewesen sein, nämlich diese meinten, wenn wir die Kleinen nicht in unsere Dohut nehmen, dann lassen uns diese vielleicht auch einmal in Stich gegenüber den Gehülsen, und so fand am Freitag, den 21. Februar, Versammlung statt, und Samstag, den 22. Februar, Abends 5 Uhr, erhielt der Vorsitzende der Lohnkommission nachstehenden per Eilpost zugestellten Brief:

M ü n c h e n, den 22. Februar 1902.

An die Lohnkommission der Holzarbeiter, zu Händen des Herrn Anton R a i t h, Wohlgeboren.

München, Humboldtstr. 40/I r.
Angesichts der von Ihnen in Nr. 11 und 43 der „Münchener Post“ behaupteten Mißstände in der Möbelfabrik der Herren K e h r e r & S c h n e l l ist Ihrerseits keinerlei Versuch gemacht worden, den Weg der Unterhandlung zu betreten und unsere Vermittelung zur Schlichtung etwaiger Differenzen anzurufen. (?!)

Bei dem heutigen schlechten Geschäftsgang muß im Interesse der Arbeiter höchlich bedauert werden, daß ohne Weiteres der Streik erklärt und von Ihnen über die Werkstätten der genannten Firma die Sperre verhängt wurde.

Die von uns einberufene, gestern im Saale des Allgemeinen Gewerbevereins zahlreich versammelte Meisterschaft konnte nach Untersuchung der Sachlage feststellen, daß die Herren K e h r e r & S c h n e l l auf Grund der zu Recht bestehenden Arbeitsordnung korrekt gehandelt und keinen Anlaß zu den gegen sie ergriffenen scharfen Maßregeln geboten haben. (?) Die Versammlung ist zur Ueberzeugung gekommen, daß Sie mit Ihrem Vorgehen lediglich die Wiedereröffnung der Garantie des Stundenlohnes auch bei Akkordarbeit erzwingen wollen (?) und hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

1. wenn der unterfertigte Verband nicht bis Dienstag, den 25. d. M., Abends 6 Uhr, die bindende schriftliche Zusicherung von Ihnen erhält, daß der Streik und die Sperre bei K e h r e r & S c h n e l l aufgehoben, die Streikposten zurückgezogen, und die Genährung von Streikunterstützung an die Arbeiter genannter Firma vom kommenden Mittwoch an eingestellt wird, dann werden

an diesem Tage Abends die Hälfte der bei Verbandsmeistern beschäftigten Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes entlassen; wenn der unterfertigte Verband nicht bis Freitag, den 28. d. M., Abends 6 Uhr, die bindende schriftliche Zusage von Ihnen erhält, daß der Streik und die Sperre bei Kehler & Schnell aufgehoben, die Streikposten zurückgezogen und die Gewährung von Streikunterstützung an die Arbeiter genannter Firma vom darauf folgenden Samstag an eingestellt wird, dann werden an diesem Tage Abends sämtliche bei Verbandsmeistern beschäftigte Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes entlassen.

Hochachtungsvoll

Verband der Arbeitgeber d. Baugewerbes für München u. Umgeb.
 J. A.: Joh. Fellermeier.

Zu gleicher Zeit hatte die Firma Kehler & Schnell 15 streikende Kollegen zum Schadenersatz von je M. 4 wegen Kontraktbruch beim Gewerbegericht verklagt und fand zu diesem Behufe Montag, den 24. Februar, Vormittags, Termin statt. Sämtliche Beklagte geben unumwunden zu, vor Beendigung des Affords die Arbeit niedergelegt zu haben, lediglich die Noth und das brutale Vorgehen der Firma habe sie dazu gezwungen, somit war die Rechtsfrage sofort entschieden. Ein kleines Intermezzo gab es insofern, als Herr Kehler einen Schreiner Namens Holzner verklagte, der bereits 17 Wochen das Geschäft verlassen hatte, während der eigentliche Holzner, der ebenfalls die Arbeit niederlegte, erst drei Tage vor Ausbruch des Streiks dort angefangen hatte. Herr Kehler mußte sich dazu bequemen, die Klage zurückzuziehen und den Beklagten für Zeitverräumnis zu entschädigen. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts legte nun den Parteien nahe, sich zu vergleichen, damit nicht neue Kämpfe heraufbeschworen werden zum Schaden des gesamten Gewerbes; die Arbeiter erklärten sich hierzu bereit, jedoch Herr Kehler behauptete, daß eine Verständigung nur der Arbeitgeberverband herbeiführen könne. Die anwesenden Vertreter des letzteren, Herr Geschäftsführer Joh. Fellermeier, ebenso Kollege Raith, welche aus dem Zuschraum vorgerufen wurden, erklärten sich auch zur Abnahme der Verständigung bereit, Herr Fellermeier forderte jedoch bedingungslose Anerkennung der Forderung des Arbeitgeberverbandes, was Raith entschieden ablehnte. Nach 1 1/2 stündiger Verhandlung kam dann nachstehender gerichtlicher Vergleich zu Stande:

I.

1. Die klägerische Firma zieht die sämtlichen Klagen zurück.
2. Die klägerische Firma verpflichtet sich, sämtliche ausgetretenen Arbeiter wieder aufzunehmen und denselben bei normaler Arbeitszeit und Leistung dasselbe Kontogeld in der Zukunft zu bewilligen, wie es im Dezember d. J. der Fall war.
3. Die klägerische Firma verpflichtet sich, die ausgegebene sog. schwarze Liste zurückzuziehen.

II.

1. Die Arbeiter treten Dienstag, den 25. Februar 1902, Vormittags 7 Uhr, auf Grund der bestehenden Arbeitsordnung, jedoch mit Ausnahme zweier Arbeiter (welche bereits anderweitig untergekommen), die Arbeit wieder an, während die klägerische Firma sich verpflichtet, im Laufe dieses Tages sämtlichen Arbeitern wieder Arbeit zu geben.
2. Im Uebrigen erklärt der Gauvorstand des Holzarbeiterverbandes, Raith, daß dem Verlangen des Arbeitgeberverbandes vom 22. Februar d. J. (bezt. Aufhebung des Streikes und der Sperre) stattgegeben werde.
3. Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes akzeptiert nochmals desselben diese Erklärung.

III.

Damit sind sämtliche Ansprüche ausgeglichen. Die Herren Vorsitzende Fellermeier und Raith ersuchen um Abschluß dieses Vergleichs.
 Der Vorsitzende, gez. Dr. Premer.

Die Gehülften haben somit trotz der angekündigten Aussperrung ihre Forderungen durchgesetzt. Am Mittwoch, den 26. Februar, fand dann eine öffentliche imposante Holzarbeiterversammlung statt, um gegen diese Vergewaltigungstaktik des Arbeitgeberverbandes Stellung zu nehmen. Dieselbe war riefig besucht. Kollege Raith recapitulirte die Ursache und den Verlauf des Streiks und die in Aussicht gestandene Aussperrung der Kollegen und erwähnte die Kollegen, unseren Gegner, den Arbeitgeberverband, nicht zu unterschätzen und aus dem Vorkommnis die nötige Nutzenanwendung zu ziehen durch Schaffung einer starken, kräftigen Organisation, welche auch in der Zukunft beizubringen, daß die Arbeiterorganisationen ein gleichberechtigter Faktor sind, mit dem die Herren rechnen müssen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, den 26. Februar, im großen Saale des „Kreuzbrunn“ tagende öffentliche Holzarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Verlauf der Arbeitseinstellung in der Möbelfabrik von Kehler & Schnell, ebenso von der angekündigten Aussperrung durch den Arbeitgeberverband. Die Versammlung erklärt, daß sie jederzeit bereit ist, mit dem Arbeitgeberverband resp. der Meisterei der Münchener Schreiner-Gewerbes in Verhandlung zu treten behufs Beilegung von entstandenen Differenzen. Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß, wenn jene Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen bekannt sind, diese dazu führen, Sicherheit und Ruhe im Gewerbe zu schaffen und die Tarifdifferenzen sich auf ein geringes Maß reduzieren würden. Andererseits sind aber auch die Verhältnisse einstimig gewillt, das ihnen gesetzlich zustehende Recht, sich behufs Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Abwehr von Verletzung derselben zu berechnen, nach jeder Seite hin auszuüben. Die Versammlung appellirt daher aufs Neue an die Münchener Holzarbeiter, energisch an dem Ausbau, der Kräftigung und Ausbreitung des Deutschen Holzarbeiterverbandes mitzuwirken, um dem bereinigten Unternehmertum eine starke Arbeiterorganisation gegenüberstellen zu können.“

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Zahlstelle Grimma wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. April d. J. einen Lokalbeitrag von 5 M pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben. Die Mitglieder in Grimma haben demzufolge vom 1. April ab einen Wochenbeitrag von insgesamt 30 M zu entrichten.

Desgleichen wird der Zahlstelle Cannstatt hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. März d. J. einen Lokalbeitrag von 10 M pro Monat neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Wahl der Delegierten in allen Zahlstellen spätestens am 11. März stattzufinden hat. Das Wahlergebnis ist sofort nach der Wahl festzustellen und das Protokoll unverweilt an den Verbandsvorstand einzusenden. Wahlprotokolle, welche am 13. März nicht in Händen des Vorstandes sind, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Ebenso erinnern wir wiederholt daran, daß die Abstimmung über die Arbeitslosenunterstützung in allen Zahlstellen am 15. März beendet sein muß. Spätestens an diesem Tage sind alle Stimmzettel an die Zahlstellenverwaltung zurückzuliefern, resp. durch letztere bei etwaigen säumigen Mitgliedern einzusammeln. Der Termin für die Einsendung der Stimmzettel an den Verbandsvorstand läuft am 20. März ab.

Zu der in diesem Frühjahr mit erneutem Eifer aufzunehmenden Agitation für den Verband empfehlen wir allen Zahlstellenverwaltungen sowie auch den Einzelmitgliedern unsere Agitationsbrochure „Auf der Walze“, von welcher noch eine Anzahl vorhanden ist. Die Broschüre wird, wie feither, gratis abgegeben, und ersuchen wir die Zahlstellen und Einzelmitglieder, ihren Bedarf rechtzeitig zu bestellen.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 10866 Fritz Stein, Stodarbeiter, geb. 30. 12. 65 zu Berlin.
- 10781 Paul Schulke, Stodarbeiter, geb. 29. 10. 61 zu Berlin.
- 10782 Anton Traxler, Stodarbeiter, geb. 2. 1. 53 zu Sepp (Oesterreich).
- 10783 Julius Piotrowski, Stodarbeiter, geb. 3. 11. 82 zu Neuburg.
- 10784 Wilhelm Hoffberg, Stodarbeiter, geb. 18. 4. 66 zu Burg b. Magdeburg.
- 10785 Hermann Zimmermann, Stodarbeiter, geb. 18. 3. 65 zu Berlin.
- 10793 Otto Frieje, Stodarbeiter, geb. 8. 10. 57 zu Treuenbriezen.
- 10794 Wilhelm Simolny, Stodarbeiter, geb. 9. 9. 82 zu Melten.
- 10795 Eugen Mathien, Stodarbeiter, geb. 10. 10. 67 zu Berlin.
- 10801 Norbert Klinger, Stodarbeiter, geb. 5. 10. 52 zu Rumburg.
- 10850 David Fröhlich, Stodarbeiter, geb. 21. 9. 48 zu Kropfnow.
- 10851 Richard Heintze, Stodarbeiter, geb. 1. 9. 60 zu Altenburg.
- 10852 Gustav Krämer, Stodarbeiter, geb. 10. 1. 79 zu Stallupönen.
- 10853 Hermann Kusterka, Stodarbeiter, geb. 12. 8. 78 zu Berlin.
- 10854 Engelbert Jakoby, Stodarbeiter, geb. 10. 8. 80 zu Berlin.
- 10855 Gustav Hofmann, Stodarbeiter, geb. 14. 9. 57 zu Kottbus.
- 10856 Ludwig Buschbeck, Stodarbeiter, geb. 30. 11. 71 zu Berlin.
- 10857 Wilhelm Renz, Stodarbeiter, geb. 28. 10. 70 zu Berlin.
- 10861 Paul Anders, Stodarbeiter, geb. 28. 11. 74 zu Berlin.
- 10864 Wilhelm Lobe, Stodarbeiter, geb. 14. 2. 59 zu Bieditz.
- 11009 Karl Schmidt, Stodarbeiter, geb. 28. 7. 62 zu Kogersk.
- 11010 Hubert Matke, Stodarbeiter, geb. 9. 11. 61 zu Berlin.
- 11011 Hermann Hübner, Stodarbeiter, geb. 1. 1. 72 zu Berlin.
- 11031 Oskar Volkenthin, Stodarbeiter, geb. 29. 4. 78 zu Bromberg.
- 11032 Paul Wittstock, Stodarbeiter, geb. 21. 3. 63 zu Berlin.
- 11033 Karl Feder, Stodarbeiter, geb. 28. 9. 67 zu Berlin.
- 14392 Max Träger, Stodarbeiter, geb. 17. 4. 63 zu Berlin.
- 14725 Max Wagenfuhr, Stodarbeiter, geb. 8. 10. 67 zu Berlin.
- 15685 Reinhold Schubert, Stodarbeiter, geb. 29. 6. 62 zu Jütichen.
- 47244 Louis Behrens, Bürstenmacher, geb. 28. 8. 62 zu Göttingen.
- 56493 Max Kurth, Tischler, geb. 19. 6. 76 zu Kolmar i. P.
- 63214 Bernhard Meyer, Tischler, geb. 18. 5. 72 zu Bielefeld.
- 67404 Otto Lenz, Tischler, geb. 8. 6. 43 zu Kolbenhof.
- 68619 August Siebert, Tischler, geb. 17. 7. 81 zu Elbing.
- 75224 Gustav Pfeffel, Tischler, geb. 14. 11. 73 zu Maljow.
- 79018 Wilhelm Bilschütz, Tischler, geb. 16. 11. 48 zu Drauschweig.
- 80172 Albert Wolf, Tischler, geb. 17. 4. 76 zu Müllrose.
- 93506 Johann Himmelmann, Tischler, geb. 15. 9. 81 zu Uedendorf.
- 94658 Paul Stöhr, Tischl.-Arbeiter, geb. 4. 1. 77 zu Delitzsch.
- 96559 Julius Kappis, Schreiner, geb. 12. 4. 77 zu Sulz (Baden).

Stuttgart, 1. März 1902.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

19. Gau. Vorort Elberfeld.

In den Gauvorstand wurden für das Jahr 1902 wieder gewählt die Kollegen Nibel, Krieger und Krüger. An Stelle des freiwillig zurückgetretenen Kollegen Wolke Kollege Bachmann.

Hieran anschließend den Zahlstellenverwaltungen zur Mittheilung, daß sich der Gauvorstand bemühen wird, zum 3., 10., 11. und event. 12. Mai einige Verbandsstagsdelegirte zu engagiren behufs Uebernahme von Referaten. Diejenigen Verwaltungen, welche auf Redner zu vorbereitenden Tagen reflektiren, wollen uns bis spätestens zum 25. März entsprechende Mittheilung machen.

Die in letzter Zeit häufiger in Erscheinung tretenden Lohn-differenzen veranlassen uns, die Kollegen dringend zu ersuchen, bevor ernste Maßnahmen getroffen werden, den Gauvorstand zu benachrichtigen.

Bei Außerachtlassung dieser Regel kann letzterer für die getroffenen Entscheidungen der in Betracht kommenden Kollegen oder Ortsverwaltungen dem Hauptvorstande gegenüber keine Verantwortung übernehmen.

Der Gauvorstand.

J. A.: Aug. Hartung, Schusterstr. 88a.

Korrespondenzen.

Blomberg. Lang ist's her, daß über die hiesige Gewerkschaftsbewegung ein Bericht in der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschienen ist. Schien es doch in letzter Zeit, als ob unter dem wirtschaftlichen Druck, der infolge der allgemeinen Krise auch auf der Arbeiterschaft Blombergs in nicht geringem Maße lastet, die Thätigkeit der hiesigen Zahlstelle erstarben sei und dieselbe ihrer Auflösung entgegenging. Doch, wer in der Bewegung lebt, der konnte auch bis jetzt manchen warmen Pulsschlag der Bewegung wahrnehmen und der fühlt, daß das harte Eis der Theilnahmslosigkeit nun zu schmelzen beginnt. Wenn auch bis heute noch keine rühmlichen Erfolge zu verzeichnen sind, so beweisen doch die Thatfachen, daß die alten Glieder des Verbandes Muth, Selbstbewußtsein und Ueberzeugungstreue sich bewahrt haben und daß der Wille vorhanden ist, neue Mitkämpfer zu werben und so die Gewerkschaft ihrem Ziele, einen maßgebenden Faktor in dem Kampfe gegen das Unternehmertum zu bilden, näher zu führen. Doch Thatfachen beweisen auch, und das ist das Entsetzliche, was berichtet werden kann, daß auch in den Arbeiterkreisen außerhalb der Organisation sich ein lebhafteres Interesse für Organisation bemerkbar macht. Unsere Aufgabe also muß es sein, jetzt alle Kräfte einzusetzen, und zwar gerade jetzt, wo durch die fortwährenden Lohnabzüge seitens einzelner Stahlfabrikanten unserer Organisation immer neue Kämpfer zugeführt werden, damit es uns gelingt, auch einmal Front gegen unsere Ausbeuter zu machen. Auch den reisenden Kollegen möchten wir empfehlen, sich nicht mehr durch Annoncen im Arbeitsmarkt irre führen zu lassen und nicht auf Verschreibung hierher zu kommen, sondern Blomberg so lange zu meiden, bis unsere 11 stündige Arbeitszeit, Lohnreduktion und 10 pSt. Lohnabzug verschwunden sind. Den übrigen hier arbeitenden Kollegen möchten wir rathen, ihre Laubzeit abzuschütteln, den Krieger- und Gesangvereinen den Rücken zu kehren und uns die Hand zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen zu bieten, damit alle Uebel und Mißstände beseitigt werden.

Schwège. Schon in mehreren Versammlungen haben wir uns mit der Bürstenfabrik Georg Hauck beschäftigt, welche ständig Vorstanzurichter in der „Bürstenmacher-Zeitung“ und anderen Blättern sucht. Damit die Kollegen nun nicht allzusehr nach der Fabrik drängen, so geben wir hiermit von den Verhältnissen der Fabrik ein wahres Bild. So erhalten z. B. die Vorstanzurichter folgende Preise: 70 bis 75 mm lang, auf- und ausmischen à kg 28 M; 80 bis 95 mm lang, auf- und ausmischen à kg 24 M; 100 bis 120 mm lang, auf- und ausmischen à kg 20 M; deutsche Vorsten aufteilen, überziehen und Büschel binden à kg 30 M; Zwischpuhen, durchreiben, nochmals austragen und Büschel binden à kg 50 M; zweiter Puß: puhen, trocknen, à kg 50 M; Soidhaar puhen ohne Durchreiben à kg 50 M, mit Durchreiben à kg 60 M; grade binden à kg 5 M; Pinselborsten aufmischen und pupfen von 100 bis 60, dann ausmischen, Büschel binden à kg 50 M; Mandel zu Pinseln aufmischen, pupfen von 100 auf 60, dann ausmischen, Büschel binden à kg 50 M. Dann gibt es für deutsche Pinselborsten aufmischen, pupfen von 100 auf 60, dann durchreiben und ausmischen à kg 80 M; russischer Zwischpuß austragen, durchreiben, nochmals austragen und Büschel binden à kg 20 M; pechen, Kehr- und Handbesen à 1000 Loch M. 1,25; Kellerschrupper von Piaffaba und Piaffababesen à 1000 Loch M. 1,60; Schlichtbürsten à 1000 Loch M. 1,40; Esfuerbürsten, Faser à kg 10 M; Schrupper à kg 8 M; Pinsel à kg 14 M; graue Faser von 70 bis 100 à kg 20 M. Das sind z. B. die Affordpreise. Mit den Lohnpreisen sieht es noch viel „besser“ aus. Ist ein Affordarbeiter gezwungen, in gewissem Gelde zu arbeiten, so bekommt er folgenden „glänzenden“ Lohn: die älteren Arbeiter 21 bis 25 M, die jüngeren 15 bis 17 M pro Stunde. Der durchschnittliche Verdienst der Vorstanzurichter beträgt bei elfstündiger Arbeitszeit sage und schreibe M. 15. Das nennt der Prinzipal einen guten Lohn. Die Kollegen müssen nicht glauben, daß reine Vorsten vermehrt werden; nein, im Gegentheil, es wird viel zweiter Puß vermehrt. Kollegen! Wenn wir zum Fabrikanten sagen, daß wir für den Lohn nicht arbeiten können, so giebt er uns zur Antwort: „Dann können Sie ja gehen, ich lasse mir fremde Gesellen kommen.“ Kollegen! Wir bitten Euch, den Zugang nach Schwège fernzuhalten. Laßt Euch nicht hierher locken. Es wird Euch alles Gute versprochen, aber nicht gehalten. Die Frau des Prinzipals hat neben ihm in der Fabrik das erste Wort. Dann folgen ein Meister, drei erwachsene Söhne und ein Ingenieur. Wir hatten kürzlich wieder einen fremden Kollegen hier, welcher 14 Tage arbeitete. Die Firma wollte ihn gern halten und bot ihm Lohnarbeit zu M. 15 pro Woche an. Darauf ging er nicht ein, worauf ihm M. 18 geboten wurden. Er arbeitete dafür acht Tage und verließ die Fabrik. Als er seine Papiere verlangte, sagte der Fabrikant, die Kollegen hätten ihn wohl aufgehezt. Wir glauben, daß bei solch niedrigen Löhnen Niemand aufgehezt zu werden braucht. Die Tischler, welche bei der Firma Hauck beschäftigt sind, bekommen bei elfstündiger Arbeitszeit auch nur einen Lohn von M. 16,50, mit Ausnahme von Einem, der M. 18 bekommt. In hygienischer Beziehung läßt die Fabrik Vieles zu wünschen übrig.

Sücht a. M. Die Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Fabriken lassen viel zu wünschen übrig. Die Arbeitszeit ist mit wenig Ausnahmen eine zehnstündige. Es arbeiten hier 373 Holzarbeiter, von denen 155 organisiert sind. Lohnabhängige sind an der Tagesordnung. In der Höchster Spezial-Kastenmöbelfabrik unter Leitung des Herrn Goldschmidt, der von der Tischlerei nichts oder nur sehr wenig kennt, sollte eine Fabrikordnung eingeführt werden. Da die Kollegen aber in der Mehrheit organisiert waren, scheiterte das Vorhaben der Firma. In der Fabrik von Becker & Schäfer wurde ein 10—20prozentiger Lohnabzug gemacht, und das von einem Manne, der früher in unserer Mitte war, sich aber zum größten Ausbeuter durchgemauert hat. Auch bei den Firmen Friedel, Vogel, Gebrüder Palm und Geist sind Lohnabzüge gemacht worden. Eine Genehmigung, bei der Firma Becker & Schäfer mit einem Streik vorzugehen, ist vom Vorstand nicht gegeben, weil nur der vierte Teil der Kollegen organisiert war. Sie traten zwar bei, als die Streitigkeiten kamen, als es aber nicht nach ihrem Willen ging, traten sie wieder aus. Eine neue Firma, Rötger & Co., sucht auswärts billige Arbeitskräfte, um noch billiger zu produzieren. Diese geschädigten Verhältnisse sollten die hiesigen gleichgültigen Kollegen aufrütteln. Sie sollten sich ermannen und einig zusammenschließen. Sie sollten nicht, wie das bisher leider der Fall war, die Versammlungen schwänzen, sondern vollzählig in denselben erscheinen und mit-rathen und mitthaten darüber, wie unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessere werden könnten. An's Werk! Kollegen, seid auf dem Posten!

Lüneburg. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde die Eintheilung der Wahlbezirke sehr scharf getadelt. Nach dieser ist es der großen Mehrheit der kleinen Zahlstellen ganz unmöglich gemacht, eine Vertretung auf dem Verbandstage zu haben. Wie der Vorstand zu der Bemerkung kommt, es seien Zahlstellen mit annähernd gleicher Mitgliederzahl zu einer Wahlabteilung vereinigt, ist der Versammlung geradezu unverständlich. Hoffentlich werden auf dem nächsten Verbandstage Bestimmungen getroffen, die eine solche ungleiche Wahl-eintheilung unmöglich machen.

Magdeburg. Die hiesigen Holzarbeiter verpflichteten sich in ihrer letzten Versammlung am 23. Februar, keine Modellarbeit für die Berliner Firmen Union und L. Loewe anzufertigen. Tischlermeister Franz Winkler hat im Submissionswege Arbeit erhalten und muß dieselbe bei einer Konventionalstrafe zu einem bestimmten Termin fertig liefern. Er verlangt nun von seinen Gesellen Ueberzeitarbeit, will aber keinen Aufschlag zahlen. Selbstverständlich weigern sich die Arbeiter unter diesen Umständen, seinem Verlangen nachzukommen. Winkler sucht nun auswärts nach Arbeitskräften; vielleicht spekuliert er auch auf einen kleinen Konflikt mit den Arbeitern, damit ihm die Lieferungsfrist unter Aufhebung der Konventionalstrafe verlängert wird. Es wäre wirklich an der Zeit, wenn die Magdeburger Holzarbeiter die Schlämme von den Ohren ziehen und ihrer Organisation mehr Interesse als bisher entgegenbringen würden. Es ist geradezu unerhört, wenn trotz vielseitiger Bekanntmachung der Versammlungen kaum der sechste Theil der Mitglieder anwesend ist. Kollegen, das muß anders werden, wenn hier unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht schlechter, sondern besser werden sollen.

Konferenz des 8. Gaues,

abgehalten am 23. Februar in Dresden.

Der Gauvorsteher begrüßte die aus 31 Zahlstellen erscheinenden 46 Delegirten und eröffnete den Goutag mit Bekanntgabe folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Bericht der Delegirten. 3. a) Der Verbandstag; b) Arbeitslosenunterstützung. 4. Anträge. 5. Verbandsangelegenheiten.

Punkt 1 ist zum großen Theil durch gedruckten Bericht erledigt. Aufklärung giebt der Gauvorsteher zu verschiedenen Positionen. Von mehreren Kollegen wurden einige Angaben des Berichtes richtig gestellt; auch wurde zu einigen Punkten für künftig präzisere Fragestellung gewünscht, um Irrthümer auszuschließen. Gefordert wurde, daß die Zahlstellen mehr noch als bisher den Gauvorstand in Anspruch nehmen, bezw. unterstützen sollen bei Veranstaltung von — besonders öffentlichen — Versammlungen, um die Agitation einheitlich zu gestalten. Im Allgemeinen erklärte der Goutag über die Thätigkeit des Vorstandes seine Befriedigung, und wurde demselben Entlastung ertheilt, da auch gegen die Kassenerführung nichts einzuwenden war.

Punkt 2. Ein großer Theil der Delegirten erstattete Bericht über die Verhältnisse in ihrem Wirkungsbereich. Aus Allem war zu ersehen, daß trotz der Krise versucht worden ist, vorwärts zu kommen. Wenn auch nicht überall, so war dies doch an mehreren Orten gelungen; an einigen war es gelungen, geplante Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse zu verhindern, an anderen wurden sogar geringe Verbesserungen erzielt. In zwei Zahlstellen wurden von Verschlechterungen nur unorganisierte Kollegen betroffen. Die Taktik der Unternehmer, aus der ungünstigen Geschäftslage auf Kosten der Kollegen Vortheile zu erzielen, wurde an vielen Beispielen drastisch beleuchtet und hierbei der Werth guter Organisation in Parallele gezogen. Geklagt wurde darüber, daß nach wie vor in mehreren Orten die Veranstaltung öffentlicher Versammlungen unmöglich sei und die Kollegen auf die gegenseitige Ansprache an den Zahlabenden angewiesen seien, wodurch aber eine wirksame Interessenvertretung nicht möglich sei, während auf der anderen Seite der Individualismus noch sehr groß sei. Mehrere Orte leiden besonders darunter, daß sie, weil in der Nähe gelegen, Durchgangsstationen auf dem Wege nach Dresden bilden, und deshalb jüngere Kräfte meist bald wieder fortgehen, anstatt auf die „Eingeweihten“ in den kleineren Orten energisch einzuwirken. An einigen Orten wird unserer Organisation durch christliche, kirchliche Dunderlöcher und ähnliche der Unternehmerröhrhut sich erfreuende Vereinigungen Konkurrenz bereitet deren Bezeiti-gung sehr schwierig ist. Von den Berichten wurde mit Interesse Kenntniß genommen und der Schluß gezogen, daß Anlehnung an eine gute Organisation den Kollegen sicheren Rückhalt, auch in ungünstiger Zeit, biete.

Zu Punkt 3a gab ein Mitglied des Gauvorstandes ein kurzes, einleitendes Referat über die voraussichtlich den Verbandstag beschäftigenden wichtigeren Angelegenheiten. Hierzu wurden die nachgenannten Anträge beraten:

Potischappel: „Das Verhalten des Redakteurs

(Röske) beim Flaschenmachertreit als Solidaritäts- und Prinzipien-Verletzung in schärfster Weise zu mißbilligen, und dem Verbandstage die Entlassung des Redakteurs zu empfehlen.“

Ueber diesen Antrag entstand eine lebhafte Debatte, in welcher einige Kollegen mit dem Redakteur scharf in's Gericht gingen und den Antrag dringend zur Annahme empfahlen. Die Mehrheit der Redner stellte sich jedoch auf einen anderen Standpunkt. Aus der Diskussion war zu hören, daß nunmehr etwas ruhiger geurtheilt wurde als nach dem Erscheinen des bekannten Artikels in Nr. 35 der „Holz-arbeiter-Zeitung“, wo die Aufregung ja bekanntlich eine sehr große war. Die Debatte fand ihren Abschluß mit Annahme eines Antrages von zwei Dresdener Delegirten: „Dem Redakteur Mißbilligung auszusprechen wegen des Artikels, weil derselbe zu einem durchaus falschen Zeitpunkt erschienen ist.“

Ueber die Höhe der Diäten des vorigen Verbandstages ist der Streit bis jetzt nicht zur Ruhe gekommen, und beantragt Cotta deshalb, den Satz für den diesjährigen Verbandstag auf M 10 zu bemessen und Angestellten M 8 zuzubilligen. Letzteres wurde nach längerer Debatte zurückgezogen, Erstes (M 10) mit großer Mehrheit angenommen. Ein Antrag, nicht über den bisher höchsten Satz zu gehen und Angestellten, wenn sie ihren Vertreter nicht selbst entschädigen, die Hälfte zu gewähren, wurde abgelehnt.

Antrag **A b e n a u:** „Auszahlung der gleichen Streikunterstützung an allen Orten“, führte ebenfalls zu längerer Aussprache und wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Antrag **D r e s d e n:** „Nach oben und unten eine Grenze zu setzen“, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag **S t o l p e n:** „Erleichterung des Bezuges der Gemahregelungenunterstützung“, und ein anderer Antrag **S t o l p e n:** „An-zugskosten zu gewähren, schon bei zehn Kilometer Entfernung.“

Abgelehnt wurden ein Antrag **G r o s s e n h a i n:** „Einrichtung einer Unterstützungskasse für Krankheitsfälle“, sowie ein Antrag auf „Ausgestaltung des technischen Theiles unseres Verbandsorgans“, der von Neugersdorf gestellt war.

Nunmehr wurde Punkt 3 b verhandelt, auf Referenten verzichtet, ebenso darauf, die Frage selbst eingehender zu behandeln. Es wurde vielmehr ergehender die Abstimmung zum Gegenstand der Erörterung gemacht. Ein Antrag eines Dresdener Kollegen verlangte 2/3-Majorität der Mitglieder; dieses wurde abgelehnt. Ein Antrag **H e i n s b e r g** verlangte: „Aufklärung der Kollegen in allen Zahlstellen durch Vorträge über die Arbeitslosenunterstützung (eventuell Referent und Korreferent) und die Tragweite ihrer etwaigen Einführung.“ Diefem Antrage wurde zugestimmt.

Auch ein Antrag **W e i ß e n** fand Annahme. Derselbe geht dahin, daß bei Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung in diesem Jahre, vor dem nächsten Verbandstag (und zwar vier Monate vorher) eine nochmalige Urabstimmung vorzunehmen, hierbei aber nach besseren Unterlagen zu streben ist für die Beurtheilung der Abstimmung. Dies soll erreicht werden durch Vorlegung von sieben Fragen, welche sich u. A. auf Beruf, Zugehörigkeitsdauer zum Verbands, Personalstand, Dauer des Arbeitsverhältnisses ufm. beziehen.

Mit weniger Ausnahmen waren die Redner der Arbeitslosenunterstützung durchaus nicht abgeneigt, wohl aber hatte die Mehrheit Bedenken wegen Erhöhung der Beiträge, besonders in der gegenwärtigen Zeitlage; rein ablehnenden Standpunkt vertraten nur zwei Kollegen. — Einen Beschluß faßte der Goutag selbst nicht.

Zu Punkt 4 wurde auf Antrag **A b e n a u** beschlossen: „Demnachst auf Goutosten ein allgemeines Flugblatt, welches besonders auf den wirtschaftlichen Niedergang Bezug nimmt, herauszugeben und zu verbreiten.“

Abgelehnt wurden die Anträge **N i e d e r s e d l i z:** „Stattfinden des Goutages alle zwei Jahre“ und „Stattfinden des Goutages an anderen Orten“.

Angenommen wurde ein Antrag **D r e s d e n:** „Die Auszahlung von Lokalgeschenken auf ein bestimmtes Maß herabzusetzen und von der längeren oder kürzeren Verbandszugehörigkeit abhängig zu machen; ebenso von der ordnungsgemäßen Abmeldung.“

A b e n a u beantragt: „Die Goutagskosten, wie bisher, auch ferner in prozentualer Weise zu vertheilen (umzulegen) auf die einzelnen Zahlstellen.“

Nach längerer Debatte, in welcher Dresden in scharfer Weise wegen seiner Mehrbelastung protestirte, wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Durch die lebhafteste Erörterung der Anträge wurde indirekt zugleich Punkt 5 mit erledigt, so daß nur noch einige Wünsche hierbei übrig blieben, auf deren Erledigung hingewirkt werden soll. Die Entschädigung wird wie bisher mit M 3 bemessen.

Der Gauvorsteher faßte das Ergebnis der Verhandlungen zusammen und ermahnte die Kollegen, in ihren Zahlstellen die erhaltenen Anregungen nutzbringend zu verwerten, um die Organisation zu fördern, und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung um 7 Uhr Abends.

Konferenz des 19. Gaues,

abgehalten am 16. Februar 1902 in Elberfeld.

E. F. Die Konferenz tagte im „Volkshaus“ und wurde vom Gauvorsteher Hartung eröffnet. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag angenommen: Die Arbeitslosenunterstützung, weil in der Presse und in den Versammlungen schon genügend darüber diskutiert, von der Tagesordnung abzusehen. Es blieben mithin noch folgende Punkte: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Beschluszusassung über die gestellten Anträge. 3. Verschiedenes und allgemeine Anträge. Vertreten waren 40 Zahlstellen durch 45 Delegirte.

Zum ersten Punkt erläuterte Hartung den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. In der darauf folgenden, sehr lebhaften Debatte erklärten sich sämtliche Redner vollständig mit der Thätigkeit des Gauvorstandes einverstanden. Es wurden verschiedene Wünsche bezüglich der Agitation für die Zukunft vorgebracht. So verlangte ein Redner, daß die Stellmacherbewegung mehr berücksichtigt werden müsse. Wo die Stellmacher stark vertreten seien, da solle man Sektionen gründen, weil man die Individualitäten dadurch besser heranziehen könne. Als Beispiel wurde **D ü s s e l d o r f** angeführt, wo sonst nur sechs bis acht Stellmacher der Zahlstelle angehört haben, sind seit der Sektionsgründung

65 zahlende Mitglieder gewonnen worden. Ebenso verhält es sich mit den Modell-schreibern und Bürstenmachern. Dieselben sind viel leichter zu den Sektionen heranzuziehen, weil sie dort besser über ihre speziellen Berufsinteressen verhandeln können.

Ein anderer Redner hob die nützliche Thätigkeit des Düsseldorfser Einigungsamtes hervor. Es seien schon recht viele Werkstatt-differenzen dadurch erledigt worden, wo es im anderen Falle zu Ausständen gekommen wäre. Auch sei eine große Anzahl Mitglieder der Zahlstelle dadurch gewonnen worden. Seine Ansicht sei, daß die Arbeitsverhältnisse dadurch stabilere würden.

Der Delegirte von **S o l i n g e n** sprach seine Zufriedenheit darüber aus, daß die Zahlstellen alle mit der Thätigkeit des Gauvorstandes einverstanden seien und suchte die traurige Thatsache, daß die dortige Zahlstelle, sowie auch **W a l d** ihren Verpflichtungen nicht nachkämen und das demokratische Prinzip verletzen, zu beschönigen. Es scheint dort in der That noch Schumacher'scher Geist zu stecken, da man sich so ohne Weiteres über alle Mehrheitsbeschlüsse hinwegsetzt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung kam ein Antrag **K ö l n** und **Chrenfeld** zur Verhandlung, wonach der Beitrag zur Goutasse auf 5 $\frac{1}{2}$ pro Quartal und Mitglied festgesetzt werden soll. Es kam hierüber zu einer heftigen Debatte und wurden die Kölner Kollegen ob ihres Verhaltens von allen Seiten scharf getadelt. Es wird auch wohl den kleinen Zahlstellen unverständlich bleiben, daß eine so große Zahlstelle sich auf einen so einseitigen Standpunkt stellen kann. Daß auch die Kölner Delegirten nicht im Stande waren, die Konferenz von der Wichtigkeit ihres Antrages zu überzeugen, bewies die nun folgende namentliche Abstimmung. Es stimmten für 5 $\frac{1}{2}$ nur die vier Delegirten aus Köln und ein Delegirter aus Chrenfeld, also fünf Stimmen mit Ja. Sämtliche andere Zahlstellen, also 41 Stimmen, mit Nein. Es bleibt also der Beitrag von 10 $\frac{1}{2}$ bestehen.

Mit großer Mehrheit wurde folgender Antrag angenommen: „Die Zahlstelle Köln hat die zu wenig gezahlte Summe vom verfloffenen Jahre nachzuzahlen.“

Annahme fand auch der Antrag: „Die Beschlüsse der Goutakonferenzen in finanzieller Beziehung unterliegen der Bestätigung des Hauptvorstandes; werden dieselben sanktionirt, so sind sie für sämtliche Zahlstellen des Gaues rechtsverbindlich.“

Die Anträge **K ö l n**, **Dortmund** und **Mühlheim**, wonach die Konferenzen zwei Tage dauern sollen, wurden abgelehnt, ebenso ein Antrag, dieselben nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen.

Dem Gauvorstand überwiesen wird der Antrag **Haan:** „Die Konferenzen in Zukunft in Elberfeld tagen zu lassen, anderenfalls die geographische Lage zu berücksichtigen.“

Abgelehnt gegen eine starke Minderheit wurde der Antrag **Lüdenscheid:** „Die Goutakonferenz möge vom Verbandstag den Antrag stellen, daß die Diäten der Delegirten, sowie der Verbandsagitatoren nicht über M 10 pro Tag nebst Fahr-geld zu bemessen sind.“ Es wurde ferner hervorgehoben, daß man doch auch etwas Rücksicht darauf nehmen müsse, daß eine große Zahl Verbandsmitglieder nur einen Wochenverdienst von M 12 haben und diesen stoße man durch so hohe Diäten vor den Kopf.

Nachdem im dritten Punkt noch einige unwesentliche Angelegenheiten erledigt worden, wurde die Konferenz um 8 Uhr geschlossen.

Konferenz des 25. Gaues,

abgehalten am 9. und 10. Februar in Freiburg i. B.

Der Gauvorsteher H. Christianien begrüßte die Delegirten in einer kurzen Ansprache und gab darauf folgende Tagesordnung bekannt: 1. Vorstands- und Massenbericht. 2. Situationsbericht der Zahlstellen. 3. Referat und Korreferat über die Arbeitslosenunterstützung. 5. Verschiedenes.

Anwesend waren 23 Delegirte, welche 21 Zahlstellen vertraten, ferner vier Mitglieder des Gauvorstandes und Kollege **Schneegaß**, als Vertreter des Hauptvorstandes. Nicht vertreten waren die Orte: **Albern**, **Baden-Baden**, **Mühlheim**, **Vörrach** und **Schönau i. W.**

Die Thätigkeit des Gauvorstandes wurde in 15 ordentlichen und 6 außerordentlichen Sitzungen erledigt. Den Wünschen der Kollegen und der Zahlstellen wurde vom Gauvorstand, so weit thunlich, in allen Fällen entsprochen. Versammlungen durch den Gauvorstand, sowie durch auswärtige Redner wurden in fast allen Zahlstellen abgehalten. Kassenerhebungen auf Veranlassung des Zentralvorstandes durch den Gauvorstand wurden in **Dos** und **Albern** borgenommen. Die Korrespondenz an und vom Gauvorstand war eine äußerst rege.

Differenzen brachen in Schwemningen, Böhrenbach, Gebweiler, Schramberg, Ringersheim und Emmendingen aus; welche zum Theil durch den Gauvorstand beigelegt wurden. Die Lohnbewegung in Hornberg scheiterte an der Uneinigkeit der dortigen Kollegen. Eine Klage des Kollegen **Volk-Furt-tangen**, vertreten durch den Gauvorstand, gegen die badische Uhrenfabrik in Furtwangen, wegen Forderung von 14 Tagen Lohn, wegen Aussetzung der 14tägigen Inverturzeit, § 616 des B. G. B., ging in zwei Instanzen verloren.

Dem Thätigkeitsbericht des Kollegen **Mayer-Strasbourg**, welchem die Agitation im Elsaß übertragen ist, entnehmen wir, daß der Agitation im Elsaß von der Behörde auf Grund des eifässigen Ausnahmegesetzes große Schwierigkeiten bereitet werden. So kam es vor, daß derselbe in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung in Mühlhausen zwei Mal nicht sprechen durfte. Weiter hielt derselbe Versammlungen ab in **Rehl**, **Gebweiler**, **Mühlhausen**, **Colmar** und **Strasbourg**. Die Zahlstelle **Rehl** ging ein.

Der Massenbericht umfaßt die Zeit vom 1. Juli 1900 bis 31. Dezember 1901. Die Einnahme betrug M 1216,15, die Ausgabe M 1169,05, mithin bleibt ein Kassenbestand für das Jahr 1902 von M 47,10. Die Richtigkeit der Abrechnung beglaubigen die Revisoren **A. Ree** und **A. Usland**.

Aus den Berichten der Delegirten geht hervor, daß die Unternehmer die gegenwärtige schlechte Geschäftskonjunktur für ihre Vortheile auszunutzen suchen, daß der Verdienst in den meisten Orten unseres Gaues in gar keinem Verhältniß zu den Ausgaben für den täglichen Lebensunterhalt, für Wohnungsmiethe und dergleichen steht, daß die Holzarbeiter noch viel zu viel Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation an den Tag legen, anstatt sich speziell zur

Zeit der Krise zum gemeinsamen Schaffen und Wirken um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erringen, innerhalb des Verbandes zusammenzuschließen, um geeint mit den Arbeitshilbern den Kampf gegen das prozenthafte Unternehmertum aufzunehmen.

Am schlimmsten sind, wie schon vor zwei und drei Jahren berichtet wurde, die Schmarzwälder Holzarbeiter in der Uhrenindustrie, sowie die Möbelschreiner der dort in Betracht kommenden Möbelfabriken daran; bei ihnen übersteigt der Höchstdienst bei 10- und 11stündiger Arbeitszeit nur selten M 3, hingegen ist der Lebensunterhalt sehr teuer. In den Städten des Elbtales ist die 11stündige Arbeitszeit noch vorherrschend, zum Teil auch noch die 12stündige, der Lebensunterhalt wohl der teuerste in Deutschland.

Von einigen Städten unseres Landes wird auch geklagt, daß der Zugang von Lohnbrüdern, besonders vom Lande, wo die Arbeiter ansässig sind, ein bedeutender ist und daß bei diesen Leuten alle Mühe, sie für den Verband zu gewinnen, erfolglos ist. Die Zahlstellen Rastatt und Schiltigheim sind zur Zeit nicht einmal im Besitz eines Versammlungslokales.

Folgende Resolution: „Die Zahlstellen sind gehalten, nach Stand ihrer Lokalkasse einen freiwilligen Beitrag zu Gunsten der Gaukasse zu liefern“, wurde einstimmig angenommen.

Zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung sprach in einem 1 1/2stündigen Vortrag der Vertreter des Zentralvorstandes, Kollege Schneegäß, die Arbeitslosenunterstützung sei ein bewährtes Mittel gegen den großen Mitgliederverlust. Er verteilte auf den Vorhieb, der den Kollegen, welche durch die Arbeitslosigkeit oft in Noth und Elend kommen, durch die Arbeitslosenunterstützung geboten wird. Es sei ein idealer Gedanke, dem verdienstlosen Kollegen in der Noth zu helfen und beizustehen und ihn vor der Armenunterstützung zu bewahren, welche ihn politisch, wenn auch nur vorübergehend, rechtlos mache. Andernfalls ihn auch vor der Lohnbrüdererei zu bewahren suchen. Die Ansichten, daß die Arbeitslosenunterstützung mit einer wöchentlichen Mehrbelastung von 10 % pro Mitglied nicht durchführbar sei, sind durch die aufgestellten Berechnungen hinfällig geworden. Auch sei die Arbeitslosenunterstützung ein Hauptmittel zum Ausbau der Organisation, zu einer Kampforganisation und wünscht, daß dieselbe mit großer Majorität beschlossen wird.

Der Korreferent Anthauer betont in 1/2stündigem Vortrag, daß seine Bedenken weniger prinzipieller, als praktischer Natur seien. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung würde den Verband materiell sehr belasten, wodurch dem wirtschaftlichen Kampfe die Mittel entzogen würden; dagegen würde die erhoffte Wirkung, wie Beseitigung der Fluktuation und Gewinnung der Indifferenten nicht eintreten. Die Verbände der Buchdrucker, Handschuhmacher, Gutmacher usw., welche angeblich infolge dieser Unterstützungsweige ihre Organisation ausgebaut und gefestigt hätten, seien mit unserem Verufe nicht zu vergleichen. Dieselben haben vielmehr durch das ganze Reich ziemlich gleiche Arbeitsbedingungen, der Zugang zu ihrem Verufe rekrutire sich hauptsächlich nur aus den Städten, wo infolge der besseren Schulbildung und dem Umgang der Lehrlinge mit organisierten Gehilfen, diese viel leichter für die Organisation zu gewinnen seien. Dagegen komme unser Zuwachs zum größten Theil vom flachen Lande. Auch seien die angeführten Verbände viel älter als unsere Organisation. Es sei deshalb der Hinweis auf diese Verbände verfehlt. Die Fluktuation im Metallarbeiterverband sei jetzt noch eben so groß, wie zuvor. Der Zuwachs im Metallarbeiterverband stamme hauptsächlich aus den großen Industrieorten, dagegen hätten die kleinen Zahlstellen bedeutend gelitten. In Freiburg i. B. seien im vierten Quartal 1901 bei 120 Mitgliedern 40 wegen Minderstand gestrichen worden. Ein Beweis, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht geeignet sei, die Mitglieder an den Verband zu fesseln.

Die Arbeitslosenzählung des Zentralvorstandes habe ein Loch, so hätte der Vorstand die auf der Reise befindlichen Kollegen einfach als Arbeitslose der Zahlstelle zugezählt, an der sich dieselben am Tage der Zählung zufällig befänden. Hierdurch sei der große Prozentsatz der kleinen Zahlstellen an der Arbeitslosigkeit entstanden. Die älteren Kollegen der kleineren Orte würden wenig oder garnicht von der Arbeitslosigkeit betroffen. Durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung würden uns dieselben durch die Beitragserhöhung zum großen Theil verloren gehen. Hierdurch sei das Vordringen der Arbeiterbewegung auf dem Lande sehr gefährdet. Der Bevölkerung auf dem Lande und in den kleinen Städten würde durch das Vorkommen der Gewerkschaftsbewegung das Vorurtheil gegen die politische Bewegung genommen, wir können aber, um die Gesellschaft zu sozialisieren, auf diese Bevölkerung nicht verzichten. Um die Arbeitslosenunterstützung durchzuführen, seien mindestens 15-20 % Mehrbeitrag erforderlich, die Berechnungen des Kollegen Umbreit und des Vorstandes basirten auf bloßer Annahme. Nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung würden dieselben durch die theilweislichen Verhältnisse über den Haufen geworfen werden. Die Zeit, welche der Metallarbeiterverband hinter sich habe, sei viel zu kurz, um seine Resultate für uns heranzuziehen. In diesem Jahre werde seine Abrechnung ein ganz anderes Bild geben. Auch könne sich der Korreferent für eine einwöchentliche Karenzzeit wie der Metallarbeiterverband nicht erwärmen, dieselbe dürfe höchstens drei Tage betragen. Aus allen diesen Gründen empfehle er die Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung. Um die älteren Kollegen für den Verband zu gewinnen und zu erhalten, erwirbt er die Einführung einer Krankenzusicherung. Die freien Hilfsstellen können ihre Rationen erfüllen. Die jüngeren Kollegen überleben denselben wegen geringer Leistungen fern, da die älteren, welche naturgemäß von der Krankheit mehr befallen würden, diese Lage allein nicht leistungsfähig erhalten können. Den ledigen Kollegen könne man durch Erhöhung der Rentenzusicherung etwas entgegen kommen.

In der Diskussion sprachen die Delegirten von 19 Zahlstellen gegen und nur von zwei Zahlstellen für die Einführung.

Ein Antrag Anthauer: „Die heutige Gaukonferenz beschließt, für den Verband folgenden Antrag zu stellen: Der Verband soll beschließen, den Verbandsvorstand zu beauftragen, die Einführung der Krankenzusicherung in Erwägung zu ziehen, und ebenfalls dem nächsten Verbandstag einen bezüglichen Entwurf vorzulegen“, wurde ein-

stimmig angenommen. Ein weiteres Referat: „Die Taktik in der Krise“, wurde wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Die nächste Gaukonferenz wird in zwei Jahren abgehalten. Zeit und Ort bestimmt der Gauvorstand; jedoch muß dieselbe so frühzeitig einberufen werden, daß zu eventuellen Anträgen zum Verbandstag noch Stellung genommen werden kann. Die Errichtung eines Arbeitsnachweises innerhalb des Gauces, wurde beschlossen.

Mit herzlichen Worten die Delegirten zum geistlichen Wirken in der Organisation ermahnend, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Stuhlfabrikanten in Geringswalde M. Ettig & Söhne, Fröhlich & Beck, Gebr. Busch etc. haben beschlossen, Lohnreduktionen vorzunehmen. Das ist geschehen, und zwar beträgt der Abzug bis zu M 2 pro Woche. Herr Aug Ettig erklärte der Kommission, seinen Arbeitern den alten Lohn wieder geben zu wollen; er halte es für verkehrt, durch die Lohnreduktion, zu bewirken, daß auf dem Weltmarkt die als solide bekannten Geringswalder Stuhlfabrikanten unter die Schund- und Schleudfirmen eingereiht werden sollten. Um dies zu verhindern, das heißt, um die übrigen Fabrikanten von der Verberblichkeit ihres Schrittes zu überzeugen, müßten die Arbeiter derselben zusammenhalten und sich keine Lohnabzüge gefallen lassen. Die Verhandlungen der Kommission mit den Unternehmern waren erfolglos. Die Herren erklärten rund heraus, daß sie die bisherigen Preise zwar zahlen könnten, aber nicht zahlen wollten. Der Unternehmer Busch sagte, wenn bei H. Ettig gekündigt wird, sperren sämtliche Fabrikanten ihre Arbeiter aus und Aug. Ettig muß mitmachen. Wenn ein Arbeiter dem anderen gegenüber eine solche Aeußerung sich erlaubte, was dem dann wohl passiren würde? Eine am 28. Februar stattgefundene Versammlung, die von ca. 850 Kollegen besucht war, beschloß, die Lohnreduktion mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen. Beschlossen wurde weiter, daß die Stuhlbauer der Firma H. Ettig ihr Arbeitsverhältnis am 1. März kündigen. An die auswärtigen Kollegen wird das dringliche Ersuchen gerichtet, von Geringswalde streng fern zu bleiben.

Zum Abwehrstreik der Schreiner in Neu-Jsenburg.

Wir hatten in Nr. 7 von einer Reihe Möbel den bisherigen und den reduzierten Akkordtarif veröffentlicht und bemerkt, daß der Lohnausfall ja 10 pSt. betrage. Daraufhin veröffentlichten die Unternehmer eine sogenannte „Erklärung“, aus welcher der bisherige bei der Firma Kraut & Alstadt geltende und der reduzierte Tarif abgedruckt werden. Zu diesen Tarifen sei bemerkt, daß der jetzige Tarif im Jahre 1896 auch von der Firma Kraut & Alstadt, jetzigen Firma M. A. Wittich, eingeführt wurde, nach und nach denselben aber auf die angegebenen Preise reduziert hat. Die Firmen H. Lorey, Neumann, H. Leonhardt und A. Adermann haben den 1896 vereinbarten Tarif bis zum 1. Februar d. J. bezahlt, wollten denselben aber nur so lange weiter zahlen, als die Firma M. A. Wittich sich zur Zahlung der gleichen Preise verpflichten werde. Aus dieser Erklärung, die die Firmen in den Einigungsverhandlungen gaben, ging hervor, daß sie eigentlich die Firma M. A. Wittich abermals zur Anerkennung des Tarifs veranlassen wollten, um der Schmutzkonkurrenz durch diese Firma Einhalt zu thun. Die Unternehmer behaupten in ihrer verbreiteten „Erklärung“, daß nicht eine eigentliche Preisreduktion, sondern nur eine Ausgleichung des Tarifs vorgenommen sei. Durch die Veröffentlichung der einzelnen Spezialartikel ist aber das Gegentheil bewiesen. Reduzierte Preise für zehn Möbel sind angegeben, und zwar bei zweien um je M. 1, bei einem um 75 %, bei einem um 60 %, bei zweien um 50 %, bei den anderen zwischen 10 bis 40 %, vergessen haben die Herren noch die Reduktion bei den hohen Schuhschränken von M 3 auf M 1,80, der Lopsbretter von M 1,65 auf 75 %, Nachtschränke von M 1,15 auf 90 %.

Die Unternehmer veröffentlichten alsdann eine Lohnliste von 52 Tischlern, die bei sechs Firmen beschäftigt waren, und zwar im Zeitraum der letzten zwei Jahre. In derselben sind Jahresverdienste von M 1000 bis M 1919,15 angegeben und Durchschnittslöhne von M 4,14 bis M 4,93. Die Lohnkommission stellte eine Gegenlohnliste der gleichen Arbeiter auf, kann aber nur Durchschnittslöhne von M 4,11 pro Tag feststellen. Das ist ein Lohn, der in dem theuren Neu-Jsenburg kaum zum Nöthigen ausreicht, und daher ist ein Kampf zur Abwehr einer Lohnreduktion von durchschnittlich M 4,58 pro Woche durchaus gerechtfertigt. Zugang ist also streng fernzuhalten.

In den hannoverschen Waggonfabriken auf dem „Fischerhose“ scheint es, was die Arbeitsbedingungen betrifft, in letzter Zeit immer schlechter zu werden. Wenn man früher sagen konnte, daß die Verhältnisse dort einigermaßen erträglich waren, so scheint das namentlich in den letzten Monaten anders geworden zu sein, da die uns übermittelten Klagen immer größeren Umfang annehmen. Sehr unzufrieden sind die Arbeiter namentlich mit dem Ingenieur Zimmermann, dem sie ein fortwährendes Herunterdrücken der Akkordlöhne nachsagen. Herr Zimmermann scheint seinen früheren Wirkungsbereich Wismar noch nicht vergessen zu haben. Löhne von M 9 bis M 12 pro

Woche (1) sollen dort keine Seltenheit gewesen sein, und nun scheint Herr Zimmermann zu glauben, diese Verhältnisse auch nach hier verpflanzen zu können. Früher wurde in den Waggonfabriken am Fischerhof den Stellmachern bei dem ersten Akkord der Wochenlohn gesichert. Die Abmachungen wurden nach eingehender Beratung beim letzten Streit getroffen. Herr Zimmermann aber schert sich den Teufel um diese Abmachungen. So ist es z. B. verschiedene Male passiert, daß Leute in der letzten Woche des Akkords mit M 4,50, M 6, M 8 etc. nach Hause gehen mußten. Jetzt werden Vierte-Klasse-Wagen gemacht. Herr Zimmermann hat nun kalkulirt, daß M 100 dafür ein „angemessener“ Lohn sei. Und zur Bekräftigung der Wichtigkeit seiner Kalkulation erklärt er dann kategorisch: „We h r g i e b t e s n i c h t.“ Die theilnehmenden Arbeiter sind der Ansicht, daß jeder Fachmann ohne Weiteres zugeben muß, daß für einen solchen Preis der Wagen nicht hergestellt werden kann. Was schon bei Festsetzung des Akkords vorausgesetzt wurde, trifft jetzt ein, nämlich: Wenn die Arbeiter den angefangenen Akkord fertig liefern wollen, so haben sie am Schlusse mit der Thatsache zu rechnen, daß sie eine volle Woche umsonst gearbeitet haben. Als Pendant zu Herrn Zimmermann wird der Stellmachermeister Deichmann angeführt, der zwar früher in Dessau „nie genug kriegen“ konnte — als Geselle natürlich —, jetzt aber die Lohnsätze Zimmermanns für ganz passabel hält. Ob Herr Deichmann unter diesen Verhältnissen als Geselle auch wohl zufrieden sein würde? Wenn Herr Zimmermann in seiner Kalkulation „zu hoch“ gegriffen, so sorgt, wie die Arbeiter meinen, Herr Deichmann dafür, daß wieder „etwas“ herunter geht. Und das nennt sich ehemaliges Mitglied des Vereines! Fürchtet Herr Deichmann vielleicht die Unnade des Herrn Zimmermann? Man sollte es kaum für möglich halten, daß Herr Deichmann mit seinen früheren Ansichten einer solchen Lohnbrüdererei unmöglich behalten würden, sieht einiger anderer Meister, daß sie gute Arbeitskräfte bei einer solchen Lohnbrüdererei unmöglich behalten würden, scheint Herr Deichmann nicht angefaßt zu sein. Trotz der schlechten Konjunktur haben denn auch bereits eine ganze Anzahl tüchtiger Arbeitskräfte der Fabrik den Rücken gekehrt. Die Herren Zimmermann und Deichmann werden durch ihre Lohnbrüdererei schon dafür sorgen, daß das auch noch weiter geschieht. Und dann wird von der Fabrikleitung gejammert, daß „man“ keine tüchtigen Arbeitskräfte mehr bekommen könne! Als ob das nicht ganz natürlich wäre. Die Fabrik hat jetzt etwas Aufträge bekommen von der preussischen Eisenbahnverwaltung, und da ist ja zu hoffen, daß in der Behandlung und Bezahlung der Leute eine Besserung eintritt. Es wird aber auch die höchste Zeit. Sonst könnten nämlich noch verschiedene verschwinden und unter der Aufsicht Zimmermanns könnte dann Herr Deichmann die Wagen fertig bauen. Es muß auffallen, daß Herr Menzel nicht zu merken scheint, wo der Fehler liegt. Sonst hat er sich doch schon geäußert, daß in der Fabrik, welcher er vorsteht, die Leute auch einen anständigen Lohn verdienen sollen. Würde Herr Menzel dies auch den Herren J. und D. gegenüber zum Ausdruck bringen, so müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn die Herren sich nicht darnach richten wollten. Wir werden vielleicht in den nächsten Tagen auf die Einrichtungen in der Fabrik noch näher zurückkommen, doch möchten wir schon jetzt den Herrn Fabrik-Inspektor bitten, sich einmal die Maschinen etwas näher anzusehen.

In der Merkel'schen Stimmöbelfabrik in Altenheim bei Chemnitz sind Lohnabzüge von 20 bis 25 pSt. vorgenommen worden. Verhandlungen sind eingeleitet.

Der Streit der Tischler in der Wassermaschinenfabrik in Saalfeld dauert fort. Herr Schmidt sucht in auswärtigen Zeitungen Arbeitswillige, hat aber, mit Ausnahme einiger Arbeiter der verschiedensten Verufe, Niemanden aufzutreiben können; die Disziplin der Streikenden ist gut; die Sympathie der Einwohner ist auf Seiten der Streikenden, denn sie weigern sich, Arbeitswillige in Logis zu nehmen. Zugang ist fernzuhalten.

Die Firma Golle & Kraschwitz, Baugeschäft in Greiz, will mehreren Tischlern wieder die Akkordarbeit — wie im vorigen Winter — aufdrängen. Es handelt sich wieder um Fenster nach Leipzig. Sämmtliche 17 Tischler und Glaser haben Stellung dagegen genommen, damit der Stundenlohn gesichert ist. Es ist noch unentschieden. Die Firma traut dem Frieden nicht wegen Streiks.

Achtung! Tischler und Drechsler! Fabrikant Köhn in Hufum macht wieder einmal von sich reden. Seine Werkstatt ist nachgerade zu einem Laubenschlage geworden, da es nur wenigen vollständig eingearbeiteten Kollegen möglich ist, bei den „hohen“ Akkordpreisen, die Köhn bezahlt, noch etwas zu verdienen. Trotzdem es nun infolge des wirtschaftlichen Niederganges gewiß genug arbeitslose Holzarbeiter giebt, kann Köhn keine tüchtigen Tischler und Drechsler erhalten. Er ist deshalb auf eine höchst originelle Idee verfallen. Die Polizei ist nachgerade zu einem Mädchen für Alles geworden. Sie weiß Alles, sie versteht Alles, sie kann Alles und sie macht auch Alles. Nimmt es da Wunder, wenn auch der Fabrikant Köhn auf den Gedanken kommt: verfangt kein Mittel mehr, Arbeitskräfte heranzuziehen, nun, dann ist jedenfalls die allmächtige Polizei in der Lage, mir Arbeiter zu verschaffen. Gedacht, gethan! Herr Köhn schreibt an die Polizeibehörde der Provinzialstädte, in welchem Sinne, zeigt folgende Notiz des „Neumünsterischen Generalanzeigers“:

„Die Hufumer Holzbearbeitungsfabrik H. F. Köhn & Co. hat an die hiesige Polizeibehörde folgendes Schreiben gerichtet: Wir erfahren, daß in Ihrer Stadt eine große Anzahl Leute aus der Holzbranche außer Arbeit sind, und benachrichtigen Sie höflichst, daß wir noch einige verheirathete Tischler und auch einige Drechsler auf dauernde Arbeit anstellen. Die Arbeitszeit ist zehn Stunden. Die Drechsler verdienen bei 60stündiger Arbeitszeit M 32,50 in Lohn, während die Tischler in Akkord zu arbeiten haben. Wir fabriziren polirte und weiße Möbel. Wir sind gegebenenfalls bereit, den Leuten bezüglich des Umzuges in jeder Weise entgegenzukommen.“ Den arbeitslosen Kollegen allerorts diene zur Warnung: 1. daß in Hufum noch zwei Tischler und ein Drechsler sind, welche gemahregelt und von Köhn noch nicht wieder eingestellt worden sind; 2. daß der Lohn für Drechsler nicht M 32,50, sondern M 22,50 pro Woche beträgt; 3. daß die in der Fabrik vorhandenen Drehbänke besetzt sind; 4. daß die Tischler und

Bolzer nur in Afford arbeiten und bei den üblichen Affordpreisen (es handelt sich hier um eine Spezialfabrik mit möglichst ausgebildeter Maschinentechnik) nur vollständig eingearbeitete Arbeiter ihren Lohn halten; 6. daß sich in der Arbeitsordnung der Fabrik ein Passus befindet, wonach es dem Fabrikanten Köhn vollständig selbstherrlich überlassen ist, wie und in welcher Höhe er Lohnabzüge für Umzugsvorschlüsse machen will.

Also Kollegen Vorsicht! Wendet Euch, ehe Ihr nach Hünim geht, um Auskunft an die dortige Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Der Bürstenfabrikant S. S. Schlüter in Elmshorn giebt seinen Arbeitern infolge der ihnen seinerseits gebotenen Behandlung sehr oft Anlaß zu heftigen und berechtigten Klagen. Ganz besonders läßt er Verheiratheten ihre Abhängigkeit von ihm fühlen. Wenn er sie grob anfährt, und sie wagen sich dagegen zu wehren, dann sagt er ihnen sofort, wenn das nicht paßt, kann ja aufhören. Eine Mitgliederversammlung beschloß, Herrn Schlüter mittelst Schreibens zu ersuchen, seine Arbeiter, zu denen er früher doch auch gehörte, anständiger zu behandeln. Die Antwort darauf war die sofortige Entlassung eines verheiratheten Arbeiters. Vierzehn Tage später wurde eine Kommission bei Schlüter vorstellig; jedoch gelang es ihr nicht, die Kündigung rückgängig zu machen. Schlüter warf im Gegentheil den schon gekündigten Arbeiter sofort hinaus. Mit diesem Falle wird sich das Gewerbegericht noch beschäftigen. Es wird ersucht, den Zugang nach Schlüter's Fabrik in Elmshorn fernzuhalten.

J. Weinberger aus Lübeck, derselbe, welcher bei der Firma Gustav Worms in Zeitz während des Streiks in Arbeit trat, berichtet Folgendes:

„1. Es ist nicht wahr, daß ich nach Zeitz gekommen bin, um M. 30 zu verdienen; auch habe ich darauf keinen Vorstoß genommen. 2. Es ist eine große Unwahrheit, zu behaupten, ich hätte bei der besten Arbeit in der Woche nur M. 13,24 verdient; ich verdiente M. 19,46 in einer Arbeitszeit von 54 Stunden und trotzdem dieselbe täglich zwei bis dreimal unterbrochen wurde, indem der Motor still stand und ich infolge Fehlens von Werkzeug und Material warten mußte. Der von Worms versprochene Verdienst wurde mir auch garantiert. 3. Ist es nicht wahr, daß mir Herr Worms ein Logis ausgemacht hat, sondern nur empfohlen, und daß ich da auf Bequemlichkeit gesehen habe, ist selbstverständlich, ein Anderer würde es auch gethan haben. Wenn die dortigen Kollegen mich hätten aufklären wollen über die bestehenden Verhältnisse, hätten sie Zeit und Gelegenheit genug gehabt; aber das ist ihnen garnicht eingefallen.“

W. schreibt dann weiter, daß er seit 9½ Monaten in Lübeck Mitglied des Verbandes, verheirathet ist und, nur der Noth gehorchend, nach Beendigung der ersten Differenz Arbeit in Zeitz genommen hat, also nicht während des Streiks. Vierzehn Tage hat er gearbeitet und ist dann abgereist; es sei ihm also garnicht eingefallen, den Kollegen in ihrem berechtigten Kampfe hinderlich zu sein.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Zu der Notiz: „Wie Kollege Becker Wahlen machen läßt“, sendet uns der Bevollmächtigte der Zahlstelle Hannover ein längeres Eingekannt, aus welchem ersichtlich ist, daß Kollege Becker an dem versandten und von uns veröffentlichten Zirkular unschuldig ist. Es heißt wörtlich: „Als Kollege Becker das Zirkular zu Gesicht bekam, hat er, man möge dasselbe nicht versenden; es waren jedoch schon 27 Exemplare versandt; es sind dann auf Wunsch Becker's den übrigen 44 Zahlstellen der Wahlabtheilung keine Zirkulare zugegangen.“

Wir haben keinen Anlaß, an der Richtigkeit der vorstehenden Mittheilung zu zweifeln, müssen es aber auf das Schärfste verurtheilen, wenn ohne Wissen des Kollegen Becker ein Zirkular angefertigt und verbreitet wird, von dessen Inhalt er garnichts weiß und der seinem persönlichen Empfinden so sehr widerspricht, daß er darum hat, von einer weiteren Verbreitung abzuweichen. Im Uebrigen bleibt es bei dem von uns Gesagten: Es ist eine Wahlmacht gewöhnlichster Art, nur mit dem Unterschied, daß nicht der empfohlene Kandidat sie machte, sondern daß sie gemacht wurde ohne sein Zutun und gegen seinen Willen von der Ortsverwaltung.

Der schwedische Holzarbeiterverband berichtet aus Stockholm, den 21. Februar, an den Vorstand unseres Verbandes: Der Streik der Piano-Arbeiter Stockholms dauert noch unverändert an. Angebahnte Unterhandlungen waren bisher erfolglos. Da jedoch noch nicht ein Streikbrecher zu bezeichnen ist, so wird der Widerstand der Fabrikanten bald zu Ende gehen und der Sieg unser sein. Handelt es sich doch auch nur darum, daß die seit her gültige Lohnvereinbarung auch weiterhin unverkürzt aufrecht erhalten werden soll.

Jetzt aber ist unser Verband in einen neuen Streik verwickelt worden, bei welchem die Gefahr der Streikbrecher aus Deutschland unsere Besorgnis erregt. In einer Fabrik in Linköping, in welcher Uhrgehäuse, Nähmaschinenkästen zc. fabrizirt werden, sollten die Löhne um 10 pCt. gekürzt werden. Seit Anfang des Jahres ist unterhandelt worden, aber ohne Resultat. Da die Löhne seit her schon niedrige waren, können die Arbeiter den Abzug unmöglich hinnehmen, sondern treten am 1. März in den Streik. In der Fabrik arbeiten 16 Drechsler, 50 Banktischler und 40 Maschinenarbeiter. Der Fabrikant, Namens Sackmann, ist selber aus Deutschland gekommen und ist darum gut über die dort herrschende Arbeitslosigkeit informiert, die er jetzt auszunutzen gedenkt, um Drechsler und Tischler nach seiner Fabrik in Linköping zu locken. In den nächsten Tagen reist ein von ihm beauftragter Agent, Namens Zväsmack, nach Hamburg ab, um Drechsler und Tischler zu überreden, nach Schweden zu reisen; und gelingt es demselben in Hamburg nicht, seinen sauberen Auftrag auszuführen, so wird er es gewiß auch in anderen Städten versuchen.

Im Auftrage meines Verbandes richte ich darum an Sie die Bitte, die deutschen Holzarbeiter zu warnen, nach der Tischlereifabrik S. Sackmann in Linköping zu reisen; denn wenn sie dort Arbeit nehmen, kempeln sie sich selbst als Streikbrecher. Die Dankbarkeit meines Verbandes für Ihre Gefälligkeit betend, hoffe ich, daß unsere Warnung auch diesmal beachtet wird.

Die schwedischen Arbeitgeber wollen aus der schlechten Konjunktur, aus der Arbeitslosigkeit und Noth der Arbeiter allzu

großen Vortheil ziehen. Wir hoffen aber, mit Hilfe unserer Organisation ihnen Dummheit geben zu können, wenn auch der Streik sowohl hart als lang werden sollte.

Mit kollegialischem Gruß **Eben Person.**

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Werthe Genossen!

Ihrem Fachorgan ist ein Flugblatt beigelegt, in welchem die Schäden der Heimarbeit erörtert werden und darauf hingewiesen wird, daß die Heimarbeit eine ungünstige Rückwirkung auf die Lage der in Fabrik, Werkstatt oder auf Bauten beschäftigten Arbeiter ausüben muß. Das Flugblatt hat den Zweck, die Masse der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter anzuregen, den Kampf gegen die Heimarbeit aufzunehmen und ihn nicht nur den Arbeitern der Berufe zu überlassen, welche unmittelbar unter den nachtheiligen Wirkungen der Hausindustrie zu leiden haben. Es muß in der Gewerkschaftsbewegung als selbstverständlich gelten, daß die Arbeiter eines Berufes in dem Kampfe gegen die ihnen schädlichen Einrichtungen die Unterstützung der gesamten organisirten Arbeitererschaft finden. Aber nicht dieser einfache Grundsatz der Solidarität allein ist es, der eine Theilnahme aller Arbeiter an dem Streben, die nachtheiligen Wirkungen der Heimarbeit zu beseitigen, absolut notwendig macht. Das Allgemeininteresse sowie das Interesse des Einzelnen erfordert die Mitwirkung Aller in diesem Kampfe.

Die Aufgabe einer Gewerkschaft darf sich nicht darauf beschränken, für den einzelnen Beruf die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen und damit die körperlichen und geistigen Kräfte der Berufsangehörigen zu stärken, sondern jede Gewerkschaft muß das Gleiche auch für alle Arbeitsgenossen, gleichviel welcher Branche, anstreben. Das Gesamtwohl der Arbeiterklasse zu wahren, ist Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft.

Besteht noch eine Arbeitsmethode, welche das Gesamtwohl der Arbeiterklasse gefährdet, so müssen die Gewerkschaftsmitglieder einmüthig für Beseitigung dieser Arbeitsmethode, oder mindestens ihrer nachtheiligen Wirkungen eintreten.

Ferner ist es aber ein großer Irrthum, wenn die Arbeiter der Berufe, in welchen wenig oder gar keine Hausindustrie vorhanden ist, meinen, diese hätte keine Einwirkung auf ihre Arbeitsverhältnisse. Darüber müssen wir uns klar sein, daß nur in einzelnen Berufen und Orten vorübergehend eine das Durchschnittsmaß übersteigende Lohnhöhe oder sonstige günstige Gestaltung der Arbeitsbedingungen erreicht werden kann, im Allgemeinen aber die Lohnverhältnisse in allen Berufen sich ausgleichen. Deswegen wird es für die besser organisirten Arbeiterkreise immer schwieriger, ihre Lebenshaltung zu erhöhen, wenn nicht die schlechter gestellten Arbeitererschaften ihnen zu folgen vermögen. Wenn nun die Heimarbeit dahin wirkt, daß in Berufen, in welchen diese Arbeitsmethode stark vertreten ist, die Löhne über ein bestimmtes Niveau nicht hinauskommen, so muß dies auch ungünstig auf die Lohnhöhe in den Berufen wirken, in welchen es keine Heimarbeit giebt. Nach der Gemeinbezählung im Jahre 1895 gab es 342 487 Heimarbeitstätten, in welchen 457 984 Personen thätig waren. In den Berufen, in welchen die Heimarbeit lohnrückend wirkt, ist bei dieser großen Zahl der Heimarbeiter an eine nachhaltige Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht zu denken. Die Folge ist, daß auch die anderen Arbeiterkreise nur unter schweren Opfern Lohnaufbesserungen erreichen können und ständig der Gefahr ausgesetzt sind, das Errungene wieder zu verlieren. Das Eigeninteresse eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin erfordert es also, an dem Kampf gegen die Heimarbeit theilzunehmen.

Und schließlich muß die organisirte Arbeitererschaft sich dessen bewußt werden, daß nicht etwa auf Verlangen der Heimarbeiter selbst, sondern wahrscheinlich gegen ihren Willen der Erlaß gesetzlicher Bestimmungen erfolgen wird, welche die gemeingefährliche Wirkung der Heimarbeit einzuschränken geeignet sind. Die vermeintliche Freiheit des Heimarbeiters, nicht den Bestimmungen der Fabrikordnung sich unterordnen zu müssen, führt ihn zur unmenhschlichen Ausbeutung seiner eigenen und der Arbeitskraft seiner Familie. Täuschen wir uns nicht darüber, daß in den Kreisen der Heimarbeiter selbst starker Widerstand gegen die Beseitigung oder gesetzliche Regelung dieser Arbeitsmethode vorhanden ist. Bewußt oder unbewußt bereiten diese Widerstrebenden der Arbeitererschaft den größten Nachtheil und schädigen die Wohlfahrt des gesamten Volkes auf's Schwerste. Wenn also eine gesetzliche Regelung auf diesem Gebiete herbeigeführt werden soll, so wird dies nur auf Drängen der organisirten Arbeitererschaft oder infolge des Druckes der öffentlichen Meinung geschehen können.

Nun sind wir der Ansicht, daß die 700 000 Gewerkschaftsmitglieder eine Macht darstellen, die von Einfluß sein muß, wenn nur ernster Wille bei dem Einzelnen vorhanden ist. Dieses ernste Streben nach dem einheitlichen Ziel „Beseitigung der Schäden der Heimarbeit“ anzuregen, dazu soll das Flugblatt dienen.

Wir ersuchen die Mitglieder der Gewerkschaften, das Blatt nicht nur zu lesen, sondern dann auch die Pflicht, die uns Allen obliegt, mit Eifer zu erfüllen.

Zunächst muß jeder Einzelne, nicht nur der Bevollmächtigte oder die Vertrauensperson, bestrebt sein, in seinem engeren Kreise sich über die Heimarbeit — die Art der Arbeitsstätten, die Dauer der Arbeitszeit, die Lohnhöhe, die Ausbeutung der Kinder usw. — zu unterrichten, um so durch eigene Anschauung zu der Erkenntniß zu kommen, daß ein Eingreifen zur Besserung der Zustände notwendig ist.

Hat ein Jeder so seine Pflicht erfüllt und es tritt dann die Gesamtheit öffentlich für das als notwendig Erkantete ein, so wird unsere Stimme nicht ungehört verhallen.

Arbeite also Jeder zunächst auf engerem Agitationsgebiete und wir werden dann, wenn wir unsere Kräfte vereint gegen das als schädlich Erkantete einsetzen, des Erfolges sicher sein.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein Nachspiel zum Lübecker Möbelschlerstreik.

Die Solidarität der Bürgerlichen wurde durch eine Gerichtsverhandlung, die vor Kurzem vor der Strafkammer zu Lübeck stattfand, in eine eigenartige Beleuchtung gerückt. Bekanntlich legten sich bei der 1897er Lohnbewegung der Lübecker Kollegen die Möbelfabrikanten im Gegensaß zu den Innungsmeistern auf die Hinterbeine und führten mit zeitlichem Erfolge einen langen, erbitterten Kampf gegen die Verkürzung der zehnstündigen Arbeitszeit. Ortskundigen Leuten war es von Anfang an klar, daß wenigstens einige dieser Arbeitgeber aus eigenen Mitteln die Opfer dieses Streiks nicht zu tragen vermochten; waren doch Firmen darunter, von denen stadtbekannt war, daß sie nicht an Ueberfluß von Geld litten. Da hieß es denn: Ja, da steckt der Arbeitgeberverband dahinter, der schlecht vor. Das klang plausibel; wurde doch der Kampf wesentlich in dessen Interesse geführt. Nun stellt sich aber hinterher heraus, daß die Sache ganz anders gelegen. Einer der hartnäckigsten Kampfahne, W. Senff, lag etwa anderthalb Jahre später schon ohnmächtig in den Krallen des Pleitegeiers. Es ward dann — die Einzelheiten, so interessant sie sind, können hier nicht erörtert werden — ein Arrangement getroffen, wonach die Söhne des Bankrotten das Geschäft übernehmen. Und diese beiden Herren, die freilich auf die Sympathie der Arbeiter nicht das geringste Anrecht haben, waren es, die unter der Auflage der versuchten Erpressung vor dem Richter erscheinen mußten. Als nämlich infolge der ausgezeichneten Taktil der Möbelschler den Fabrikanten die Puste auszugehen drohte — manche waren, wie schon angedeutet, stets recht „citgrüßig“ —, da nahm Herr Senff ein, um dem drohenden Zusammenbruche zu wehren, von dem Bankgeschäft Luchmann & Soltan ein größeres Darlehen (wenn ich nicht irre, M. 15 000) auf. Bei diesem Pump wurden dann Zins- und Provisionsbedingungen vereinbart, für die der Volksmund einen Wäschegegenstand als Symbol wählte, der des Mannes Hals wie ein Tonnenband zu umgürten pflegt. Die Herren Senff jun. glaubten nun — und das Gericht hat diesen Glauben als einen guten, b. h. Straflosigkeit sühnend angesehen — zur Zurückforderung des über das übliche Maß hinausgehenden Zinsgroßchens berechtigt zu sein und machten ihre Ansprüche der Bankfirma gegenüber geltend; das geschah in einer Form, die alle Merkmale des gerichtlichen Begriffs Erpressung aufwies. Gleichwohl kam das Gericht unter scharfer moralischer Verurtheilung des einträglischen Geschäftsgebahrens der Gelbente zu einer Freisprechung. Der Prozeß aber hat gezeigt, in welcher idealen Form sich die bürgerliche Nächstenhilfe bewegt: Die Arbeitgeber, welche aus sinnloser Halsstarrigkeit schwere Kämpfe mit ihren Arbeitnehmern heraufbeschwören, verfallen der liebevollen Schröpfung durch einen hülfsbereiten Klassen-genossen. Das ist eine Tragikomödie in höchster Vollendung.

Briefkasten.

* Berichte blieben zurück aus: Düsseldorf, Hamburg, Stolp, Emden, Schöningen, Korbmacherkonferenz, zwei Aufrufe an die Bürstenmacher und Kammacher und eine Reihe Briefkasten-anfragen.

Greiz, M. War ein Druckfehler; im Uebrigen empfiehlt es sich immer, recht präzise Angaben zu machen, so stand da z. B. nicht, daß fragliche Firma ein Waugeschäft sei.

Berlin, F. B. Die Durchführung Ihrer Anschauung wird wohl noch für sehr lange Zeit Zukunftsmusik bleiben. Begnügen wir uns doch vor der Hand mit dem Zurückstehenden, nämlich mit der Einführung der A.-U.

F. B., 4a. Sie irren sich. F. B. hat von Klasseneinteilung nichts geschrieben, sondern U. Kröbe von dort war es, der darüber Angaben gemacht hat. Ueber die Desinfektion der Vorsten und Unfallverhütungsvorschriften ist schon vor drei Wochen ein Artikel in Satz gegeben; leider mußte derselbe immer, wie viele andere, wegen Raummanngels zurückgestellt werden.

Magdeburg, V. Lieber Kollege! Der Bericht bietet zu 1/2 nicht das geringste Allgemeininteresse; des großen Stoffandranges wegen müssen die dortigen Kollegen schon auf das Protokoll ihrer letzten Versammlung verzichten.

Burgdamm. Bericht enthält nichts Erwähnenswerthes.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(C. S. 3 in Hamburg.)

Vom 16. Februar bis 1. März gingen folgende Gelder ein: Hannover M. 800, Karlsruhe, Lorich, Berlin E, Würzburg II je 400, Weiskene, Hamburg IV je 300, Regensburg 250, Wallendar, Gutrich je 200, Speier 180, Dhrdruf 150, Gotha, Bremerhaden, Wolfshappel, Stütting, Gonsenheim, Klein-Kragenburg, Memmingen, Lössau je 100, Langenberg Mittelstdorf je 50, Freiburg i. Schl. 35, Mannsdorf 25, Summa M. 4940.

Vom 16. Februar bis 1. März erhielten Zuschlüsse: Offenburg M. 1000, München I 600, Köln I und II, Neudrau je 400, Wüdingen, Worms, Reinickendorf, Leipzig I, Berchtesgaden, Sulz, Kassel, Großzimmern, Nipps, Koblenz, Neuwied je 300, Aue Mariendorf je 250, Quisburg 225, Oppau, Merheim, Lahr, Aachen, Basing, Göppingen, Heddesheim, Lampertheim, Druck, Leipzig II, Alzenau, Feudenheim, Sand, Volkmarisdorf, Großenbergt, Reuß, Eiterhagen je 200, Herdecke 172, Westhofen, Niederberg, Muggensturm, Deuben, Gemüoor, Pöll, Guchtingen, Wahrenthal je 150, Neumühlen 130, Neuenburg, Volksanger, Leifling, Osterweddingen, Kottweil, Florzheim, Halberstadt, Cotta, Hagen, Nied, Seehelm, Neustadt b. L., Förderstadt, Gumbelshelm, Theißen, Dicks, Neu-Jensenburg, Lagerdorf, Wesseling, Gürth, Müdigheim, Wangen je 100, Siebenlehn 160, Rath-Heumar, Schleswig, Prenzlau je 80, Rothenbitmold, Rostock je 75, Coburg, Lenzen je 70, Gr.-Dobritz 60, Eisenach, Ludenau, Hastedt, Carlshafen, Colbitz, Fiethen je 50, Bremerhaden, Rahlja je 40. Summa M. 15 057.

Krankenunterstützung für die Einzelmitglieder wurde durch die Hauptkasse bezahlt M. 2929,08.

L. Jacobs, Hauptkassirer.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Berlin. Branchenversammlung der Stellmacher Donnerstag, den 13. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosenhallerstr. 57. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Magnus Schwann über: "Die Wirtschaft und ihre Gefahren für die Arbeiterklasse". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Braunschweig. Sonnabend, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, im "Gewerkschaftshaus", Werber 92.

Enden. Donnerstag, 13. März, bei Menche.

Hamburg. Sektion der Drechsler. Sonnabend, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der Bme. v. Salzen, Caffinacherreihe. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Strume. 2. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

Sektion der Stellmacher. Sonnabend, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, in der "Leffinghalle", Gämsmarkt 85. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Sektionsführer.
Köln a. Rh. Sektion der Stellmacher. Samstag, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Unkelbach, Gereonswall 4. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Sektionsführer.
Münster. Sonnabend, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirths Fr. Hentel, Hinterestraße.

Waldheim. Sonnabend, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr: Deffentliche Holzarbeiterversammlung in Gießner's Restaurant, Breitenberg.

Wiesbaden. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends 9 Uhr, in "Zu den drei Königen", Marktstraße 26.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bochum. Bevollm. Gustav Eisnaiske. Verkehrslokal bei Franz Keller, "Gasthaus zum Krug", Marienstr. 21. Dasselbst wird die Reiseunterstützung Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt.

Großschönan (Sachsen). Bevollm. Hugo Scheibe, Zittauerstr. 184, 1. Et. Dasselbst Auszahlung der Reiseunterstützung von 12-1 und v. 7-8 Uhr. Herberge b. W. Stephan, Waltersdorferstraße.

Heidelberg. Bevollm. Rich. Widmann, Bergheimerstr. 95, 2. Et. Kassirer Otto Walter, Blöfstr. 8, 2. Et. Verkehrs- und Versammlungslokal: Restaurant Kranz, Hauptstr. 37. Herberge: "Rother Löwe", Sölpelgasse 7. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Wittweida. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich unsere Herberge im Restaurant "Cambrinus", Neustadt 8, befindet.

Stuttgart. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokal im "Gasthaus zum schwarzen Roth" befindet. Reiseunterstützung wird beim Kollegen Behne, Friedrichstraße 4, ausbezahlt.

Schleibitz. In Anbetracht der vielen Klagen seitens der organisierten reisenden Kollegen über die mißlichen Verhältnisse in der hiesigen Herberge "Zur Heimath" hat das hiesige Gewerkschaftsamt im "Gasthof zur weißen Taube", Halleischerstraße, eine Zentralherberge errichtet, welche hiermit allen reisenden Kollegen empfohlen wird.

Waldheim. Bevollm. Paul Göhler, Thalstr. 11, 2. Et. Kassirer Arno Paßdorf, Auestr. 1. Regler zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12 bis 1 und Abends von 6 bis 7 Uhr aus.

Sterbetafel

des

Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Alb. Andress, geb. 13. 10. 73 zu Biet (Jüdel Rügen), gest. 2. 3. 1902 an der Proctariaerkrankung zu Groß-Lichterfelde.

Ernst Berger, geb. 17. 10. 75 zu Berlin, gest. 3. 3. 1902 an Lungenerkrankung zu Göttingen.

Richard Schröter, geb. 27. 3. 78 zu Pfaffendorf, gest. 12. 2. 1902 an Schürrenzählung zu Heidelberg.

Carl Weiss, Korbmacher, geb. 29. 5. 43 zu Ohlau, gest. 26. 2. 1902 zu Greifenhagen.

Herm. Sommer, Sammler, geb. 13. 1. 37 zu Rauenburg, gest. 1. 3. 1902 an Herzschlag zu Bessungen-Zarnsdorf.

Esche ihren Ankerfen!

Die Erbsverwaltungen.

So in Oskar Saas, Buch 92 161?

Dr. Richter, Lad. Arzt.

Kranz, Sebergasse 2.

Max Meding, Polirer, Deine Kollegen möchten wissen, wo Du Dich aufhältst? **Nik. Abraham u. Roter-Wilhelm,** Berlin N, Müllerstr. 14 a, Hof 1.

Kollege **Jakob Klepp,** Schreiner aus Ungarn, sende Deine Adresse an Deinen alten Freund **Julius Köver,** Schreiner, Werne b. Langenbreen, Bahnhoffstr. 10.

!! Nebenverdienst !!

bietet sich organ. Genossen durch Vertretung meiner Metall-Schwedenhilfen, Schweißtabakboxen usw. mit Namen. Ernstl. Best. erhält. a. Wunsch Prosp. u. Schwedenhilfen als Muster gratis u. franco. Bitte genaue Adresse.

Reinhard Thate, Hohenstein-Ernstthal i. S.

Gewandte Zeichner und Werkmeister

mit mehrjähriger Praxis und abgeschlossener Fachschulbildung empfiehlt die städtische, staatlich subventionierte **Tischler-Fachschule Neustadt in Mecklenburg.**

Staatl. Prüf.-Kommissar.

Ein erfahrener Tischler, verheiratet, sucht Stellung im Rheinland. Gefällige Offerten durch **Reinhold Pfeiffer,** Gundersdorf im Riesengebirge 162.

Selbstst. u. sauber arb. **Möbelbrechler,** 29 J., sucht dauernde Arbeit mit Dampf. Gest. Off. u. **W. S. 120** an die Exp. d. Blattes.

4-5 tüchtige Schreiner auf engl. Schlafzimmereinrichtungen, sowie 2 tüchtige Polirer für dauernd gesucht.

J. E. Schmitt, Möbelfabrik, Fischbach i. Tauhus.

Tüchtiger Bürstentischler,

steht im Poliren, sofort auf dauernd gef. Reisevergütung z. Hälfte.

Zuschr. unt. **L. A. 200** bef. d. Ann.-Exp. **Gotthard Latte,** Hamburg, Stadthausbrücke 3.

Ein selbstständiger, tüchtiger Polirer

für Mahagoni per sofort gesucht. Dauernde Stellung. Lohn nach Uebereinkunft.

Imhof & Nake, Drechsler-Fabrik, Böhrenbach (Waben), Schwarzwalb.

Ein tüchtiger **Korbmachergehülfe** erhält gegen hohen Akkord- oder Wochenlohn auf Gestell u. geschlagene Arbeit dauernde Stellung. **H. Schulze,** Bielefeld, Ulmenstr. 9.

Tüchtige Korbmacher

auf Gestell u. geschlagene Arbeit gesucht. **Franz Ruder,** Bad Nauheim.

Einen jungen **Korbmachergehülfe** auf Geschlagen bei hohem Lohn sucht zu sofort **Georg Wicht,** Korbmachermeister, Eisleben.

Suche 5 tüchtige **Korbmachergehülfe** auf grün Geschlagen. **B. Thieme,** Korbwarenfabrik, Weugelsdorf b. Bahnhof Corbetha.

Korbmachergehülfe

auf Grün für dauernd gesucht. **H. Kühn,** Köpfchenbroda i. S.

Korbmacher,

flott, tüchtiger **Gestellarbeiter,** findet beste Gelegenheit, sich selbstständig zu machen als Liefermeister, indem ihm ständige Arbeit nachgemessen werden kann. Anfragen sind zu richten nach Postamt **Geßch** bei Leipzig sub **M. E. 10.**

Bau- u. Möbel-Drechserei ist billig zu verkaufen. 30 Jahre bestehend. Sichere und rentable Ertrags. **C. Kragelund,** Hamburg, Brigittenstr. 3.

Brandenburg a. d. H.

Empfehle den Partegenerossen mein gut sortirtes **Hut- und Wägengeschäft.** **F. Stackebrandt,** Hauptstr. 51.

Grane Beize auf Ahorn (Silbergrau), keine Eisenbeize, liefert **Paul Köhler,** Gotha, Dreifronengasse 16.

Für Tischler!

Umstände halber ist in einem großen, stark im Aufblühen begriffenen Kirchdorf, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs, ein neues **Schulhaus,** worin mit gutem Erfolg Tischlerei betrieben wird, mit oder ohne Handwerkszeug sofort oder später zu verkaufen. Offerten unter **H. Th. 117** an die Expedition d. Bl.

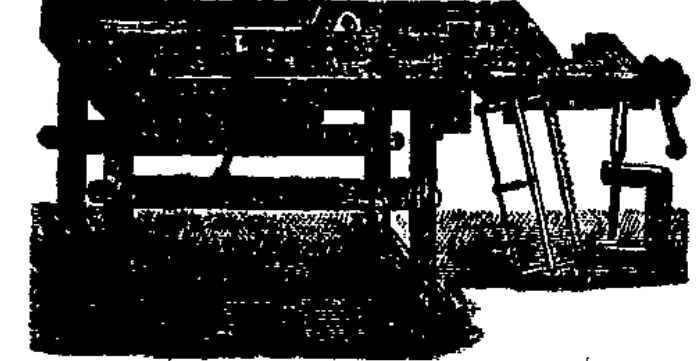
Schub- und Postkisten, raub und gehobelt, liefert billigst

Ernst Aug. Kirsch, Kistenbauerei, Klein-Neuschönberg bei Obernau i. S. Preisverteilung kostenlos.

Dübeln gezahnt, 8, 10, 12, 14, 16, 18 mm, mit echt amerikanischen Dübelbohrern, M. 7,50.

Staub's Ziehflingelhobel Nr. 80, M. 4, Amerik. Bohrwinde m. Kugellage M. 2,50, dito "Knarre" M. 4,50, versendet gegen Nachnahme

Ernst Trimpop, Kemscheid-Steuerhöf.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.

Titus Axen, Altona. Preislisten gratis und franko.

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabrizirt und hält auf Lager **H. Himstedt,** Hamburg, Lange Mühren 86 87. Preislisten a. Wunsch z. Diensten. (Geringe, sog. Ladenwaare führe ich nicht.)



Tischler-Fachschule Detmold

Drei- u. sechsmonat. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Technikum Stadtsulza (Thür.)

Fachschule für Tischler. Programm kostenfrei durch die Direktion.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36

Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ja. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechserei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller. Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

„Der Deutsche Tischlermeister“

Berlin SW, Friedrichstr. 31,

ist die anerkannt hervorragendste Fachzeitung der Tischlerei. Sie bringt von ersten Künstlern praktisch verwendbare Zeichnungen für Möbel- und Bautischlerei nebst Detail-Zeichnungen. Zahlreiche Textillustrationen. Das reich illustrierte Unterhaltungsblatt „Für's deutsche Haus“ erhalten die Abonnenten gratis. Ferner sendet „Der Deutsche Tischlermeister“ seinen Abonnenten am Ende des Jahres gratis und franko eine Prämie und zwar ein werthvolles Taschen- und Nachschlagebuch für das Tischlergewerbe. Wöchentlich erscheint eine Nummer. „Der Deutsche Tischlermeister“ berichtet über bemerkenswerthe richterliche Entscheidungen und alle dieses Gewerbe betreffenden Vorgänge der Oeffentlichkeit, und giebt in seinem Briefkasten, auf Wunsch auch brieflich, jedem seiner Abonnenten kostenfreien Rath in allen technischen, künstlerischen und rechtlichen Fragen. Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Abonnementbestellungen werden am Schalter des nächstgelegenen Postamtes entgegengenommen zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. „Der Deutsche Tischlermeister“ ist im Reichspost-Zeitungskatalog unter Nr. 1956 eingetragen, was bei der Bestellung am Postschalter angegeben werden muß. Wünscht der Abonnent die Zeitung frei in's Haus gebracht, so sind an die Post noch 12 A pro Vierteljahr Bestellgeld zu zahlen. Auch kann man die Bestellung durch den Briefträger besorgen lassen, doch ist es gut, um Verwechslungen zu verhüten, diesem den genauen Titel der Zeitung „Der Deutsche Tischlermeister“ und die Reichspost-Zeitungskatalog-Nr. 1956 auf einen Zettel aufzuschreiben. Auch kann man einen derartigen Bestellzettel mit der Aufschrift: An das Postamt, hier, und mit deutlicher Angabe der Wohnung und des Namens des neuen Abonnenten versehen, unfrankirt in einen Briefkasten werfen, dann besorgt die Post die Zeitung und erhebt den Betrag für das Abonnement durch den Briefträger. Wünscht ein Abonnent die Zeitung per Streifenband zu erhalten, dann genügt eine Postkarte an die Expedition, „Der Deutsche Tischlermeister“, Berlin, Friedrichstraße 31. Das Streifenband-Abonnement kostet M. 2 pro Quartal.

Seiner großen Verbreitung halber ist „Der Deutsche Tischlermeister“ ein Infektionsorgan ersten Ranges.

Bei einem großen Theile der heutigen Auflage liegt ein Prospekt von **Paul Horn, Fabrik chemischer Produkte, Hamburg,** bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Verlag: H. Köhler, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagshaus Auer & Co., beide in Hamburg.